

VORHABEN 19 ABSCHNITT SÜD-1

**380-kV-Freileitung zur
Höchstspannungs-Drehstrom-Übertragung**

**Änderung des Plans und der Unterlagen nach § 21
NABEG zum Planfeststellungsverfahren für den Ab-
schnitt Süd-1 „Philippsburg – Daxlanden“**

2. Deckblattänderung - Anlage 7

Inhalt: 73 Seiten

12.12.2025 / Version 2.0

Anlage	Titel/ Inhalt	Seiten	Anzahl Pläne
7	Zweite Deckblattänderung: Naturschutzfachliche Bewertung und Anträge		
	Naturschutzfachliche Bewertung und Anträge	73	

Vorhaben 19 Abschnitt Süd–1

Philippsburg – Daxlanden

Zweite Deckblattänderung – Anlage 7

Umweltauswirkungen,

Naturschutzfachliche Bewertung

Naturgüter, Artenschutz

Natura 2000 und

Ergänzung zu Anträgen nach

Naturschutz und Wasserrecht



Vorhaben 19 Abschnitt Süd–1

Philippsburg - Daxlanden

Zweite Deckblattänderung– Anlage 7

**Umweltauswirkungen,
Naturschutzfachliche Bewertung
Naturgüter, Artenschutz,
Natura 2000 und
Ergänzung zu Anträgen nach Naturschutz- und Wasser-
recht**

Stuttgart, Dezember 2025

Auftraggeber und Vorhabenträger:	TransnetBW GmbH Pariser Platz / Osloer Straße 15-17 70173 Stuttgart
Auftragnehmer:	GÖG - Gruppe für ökologische Gutachten GmbH Dreifelderstraße 28 70599 Stuttgart www.goeg.de
Projektleitung:	Kathrin Weiner (Dipl.-Ing.(TU), Landschaftsarchitektin) Matthias Bönicke (Diplom Geograph)
Bearbeitung:	Kathrin Weiner (Dipl.-Ing.(TU), Landschaftsarchitektin) Petra Beißwenger (Diplom Biologin) Matthias Bönicke (Diplom Geograph) Raphael König (M.Sc. Geoökologie) Dr. Nadja Reinhard (M.Sc. Agrarwissenschaften) Marielena Römer (B.Sc. Umweltbiowissenschaften)

Inhaltsverzeichnis

1	Anlass und Aufgabenstellung	6
2	Vorgehensweise und Methodik	6
3	Prüfung hinsichtlich zusätzlicher/anderer erheblicher Umweltwirkungen im Sinne des § 22 Abs. 1 UVPG	8
4	Ergebnisse der Betrachtung der Naturgüter nach LBP und des Artenschutzes	11
4.1	Herstellung temporärer Parkplatz beim Blauen Haus in Eggenstein-Leopoldshafen	11
4.2	Ergänzung benötigter Baustelleneinrichtungsflächen im Rahmen der wasserrechtlichen Anträge (Vorhaben)	14
4.3	Fundamentkopfvergrößerung Mast 7100/022A	20
4.4	Anpassungen Zuwegungen (7520/068; 3030/003)	22
4.4.1	Änderung Zuwegung zu Mast 7520/068 und 5100/025	22
4.4.2	Alternative Zuwegung zu Mast 3030/003	25
4.5	Korrektur der Flächenangabe des Konfliktes Bo3 im Landschaftspflegerischen Begleitplan, Abschnitt Süd-3	30
4.6	Korrektur der Aufstellung der Gesamtbilanz im Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP)	30
5	Fachgutachterliche Bewertung der beantragten Änderung hinsichtlich der Belange des europäischen Gebietsschutzes Natura 2000	32
5.1	FFH-Gebiet DE 6716-341 Rheinniederung von Philippsburg bis Mannheim	32
5.2	FFH-Gebiet DE 6717-341 Lußhardt zwischen Relingen und Karlsdorf	32
5.3	FFH-Gebiet DE 6816-341 Rheinniederung von Karlsruhe bis Philippsburg	33
5.4	VSG-Gebiet DE 6816-401 Rheinniederung Karlsruhe - Rheinsheim	34
5.5	FFH-Gebiet DE 7015-341 Rheinniederung zwischen Wintersdorf und Karlsruhe	37
5.6	VSG-Gebiet DE 7015-441 Rheinniederung Elchesheim – Karlsruhe	38
6	Ergänzung zu Anträgen nach Naturschutz- und Wasserrecht	40
6.1	Im Naturschutzgebiet Altrhein Kleiner Bodensee (2.081)	40
6.1.1	Veränderung des Vorhabens im Rahmen der Zweiten Deckblattänderung innerhalb des NSG Altrhein Kleiner Bodensee	40
6.1.2	Öffentliches Interesse, Notwendigkeit und Alternativlosigkeit	41
6.1.3	Antrag	42
6.2	Landschaftsschutzgebiet <i>Saalbachniederung</i> (2.15.048)	42
6.3	Korrektur gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG BW	47
6.4	Baumschutzsatzung Stadt Karlsruhe	57
6.5	Gewässerrandstreifen	59
6.6	Hinweis zur Tagwasserhaltung	63

6.7	Dammschutzverordnung	63
7	Gesamtbilanz	72
8	Literatur und Quellen	73
8.1	Fachliteratur	73
8.2	Rechtsgrundlagen und Urteile	73

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Lage Mast 022A der Anlage 7100 mit umliegenden kartierten Biototypen.	41
Abbildung 2:	Eingriffsbereich im Bereich des Landschaftsschutzgebietes <i>Saalbachniederung</i>	43
Abbildung 3:	Lagebild zum Vorhaben im Bereich -Rheinniederungskanal / Verlängerter Pfinzkanal. Betroffen ist RHWD XXXIb / Rheinniederungskanal.	64
Abbildung 4:	Lagebild zum Vorhaben im Bereich Eggenstein-Leopoldshafen.	65
Abbildung 5:	Lagebild zum Vorhaben an der Alb bei Maxau.	66
Abbildung 6:	Lagebild zum Vorhaben im Bereich Federbach/ Knielinger See.	67
Abbildung 7:	Lagebild zum Vorhaben im Bereich Rheinhafen Karlsruhe.	68

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Lage der temporären Baustelleneinrichtungsflächen für Wasserhaltung in Lebensraumtypen (LRT) und Lebensstätten (LS)	33
Tabelle 2:	Lage der temporären Baustelleneinrichtungsflächen für Wasserhaltung in Lebensraumtypen (LRT) und Lebensstätten (LS)	34
Tabelle 3:	Lage der temporären Baustelleneinrichtungsflächen für Wasserhaltung in Lebensstätten (LS)	35
Tabelle 4:	Lage der alternativen Zuwegung 7520/068 in Lebensstätten (LS)	36
Tabelle 5:	Lage der temporären Baustelleneinrichtungsflächen für Wasserhaltung in Lebensraumtypen (LRT) und Lebensstätten (LS)	37
Tabelle 6:	Lage der temporären Baustelleneinrichtungsflächen für Wasserhaltung in Lebensstätten (LS)	38
Tabelle 7:	Darlegung zu den Handlungen, die dem Erlaubnisvorbehalt im LSG <i>Saalbachniederung</i> gemäß § 5 Abs. 2 SchutzVO unterliegen	45
Tabelle 8:	Ausnahmen und Befreiungen für gesetzlich geschützte Biotope im Eingriffsbereich	49

1 Anlass und Aufgabenstellung

Eine detaillierte Beschreibung der Bestandteile der Zweiten Deckblattänderung (2. DBÄ) ist den „Erläuterungen zur Änderung des Plans und der Unterlagen nach § 21 NABEG zum Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt Süd-1 „Philippsburg – Daxlanden 2. Deckblattänderung – Erläuterungsbericht“ zu entnehmen.

Vorliegende Unterlage zeigt Auswirkungen der Zweiten Deckblattänderung auf

- Umweltauswirkungen im Sinne des UVPG (Kapitel 3) (zu Register 10 der Antragsunterlagen V19 Süd-1),
- die Naturgüter Boden, Wasser, Klima/Luft, Arten/Biotop und Landschaftsbild (Kapitel 4) (zu Register 11 der Antragsunterlagen V19 Süd-1),
- Auswirkungen hinsichtlich artenschutzrechtlicher Betroffenheiten (Kapitel 4) (zu Register 12 der Antragsunterlagen V19 Süd-1) und
- Betroffenheit von Natura-2000-Gebieten (Kapitel 5) (zu Register 13 der Antragsunterlagen V19 Süd-1)
- Des Weiteren werden zusätzlich notwendige Befreiungsgegenstände aufgezeigt oder konkretisiert (Kapitel 6) (zu Register 18.1 der Antragsunterlagen V19 Süd-1).

Hinzu treten Korrekturen bzw. Klarstellungen zu Fragestellungen der BNetzA, die sich im Laufe des Verfahrens ergeben haben (Kapitel 4.5, 4.6 und 6.3).

2 Vorgehensweise und Methodik

Die mit der 2. DBÄ beantragten Maßnahmen werden zunächst auf ihre Auswirkungen hinsichtlich der nach LBP zu betrachtenden Naturgüter sowie der Betroffenheit von Schutzgebieten geprüft. Im selben Schritt wird die artenschutzrechtliche Betrachtungsrelevanz geprüft und anschließend ergebnisabhängig in einer Einzelflächen-/ Einzelmaßnahmen-Betrachtung aufbereitet.

Räumlich zusätzliche notwendige Maßnahmen werden aufgezeigt, wobei es sich um bereits beschriebene Maßnahmen aus den Antragsunterlagen der Planfeststellung Süd-1 handelt.

Die mit der 2. DBÄ beantragten Maßnahmen liegen tlw. in Natura 2000-Gebieten. Daher werden mit Sicht auf jedes betroffene Natura 2000-Gebiet die Auswirkungen hinsichtlich einer Erheblichkeit betrachtet.

Die Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung wird in einer separaten Unterlage (Anlage 8 der 2. DBÄ) im Baudruck aktualisiert.

Die Maßnahmenblätter des LBP werden im Baudruck mit den Erkenntnissen der 2. DBÄ ergänzt (Anlage 9 der 2. DBÄ) und dem aktuellen Planungsstand angepasst. Vorrangig handelt es sich um Standortkonkretisierungen der Wasserhaltung. Die Änderungen sind den Arbeitsflächenplänen (dunkelblauer Eintrag) zu entnehmen. Die Änderungen im

Maßnahmenplan erfolgen ebenfalls im Blaudruck (Anlage 12 der Ersten Deckblattänderung).

Auf Nachforderung der BNetzA wurden auch eine Nachprüfung von zusätzlichen Vogelarten vorgenommen. Diese sind in der Schutzgebietsverordnung und des Standarddatenbogen (SDB) des Natura 2000 Vogelschutzgebiets DE 6816-401 *Rheinniederung Karlsruhe-Rheinsheim* genannt, allerdings sind sie nicht in der LUBW-Liste der Vogelarten in Baden-Württemberg enthalten, für die Vogelschutzgebiete ausgewählt wurden (Kapitel Anlage 11 der 2.DBÄ).

Auf Anregung der Bundesnetzagentur (BNetzA) sollen die Betroffenheit der NSG hinsichtlich der Verbotstatbestände detaillierter aufgearbeitet werden, nicht zuletzt um auch die Erkenntnisse aus den wasserrechtlichen Anträgen darzustellen. Dies wird in Anlage 10 der 2.DBÄ separat dargelegt.

Für die fachliche Bewertung wird auf die einschlägigen Leitfäden und Orientierungswerte zurückgegriffen, die auch bei der Erstellung der Antragsunterlagen für die Planfeststellung Süd-1 zur Anwendung kamen. Ebenso gelten die dort genannten Vorhaben- und standortbezogenen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen auch für die hier betrachteten Änderungen der 2. DBÄ.

3 Prüfung hinsichtlich zusätzlicher/anderer erheblicher Umweltwirkungen im Sinne des § 22 Abs. 1 UVPG

(zu Register 10 der Antragsunterlagen V19 Süd-1)

Die in der 2. DBÄ dargestellten Auswirkungen bedeuten keine zusätzlichen erheblichen oder anderen erheblichen Umweltauswirkungen.

Der Interimsparkplatz in Eggenstein - Leopoldshafen wird zwar auf einer Grünfläche angelegt, diese ist jedoch anthropogen vorgeprägt: Fußwege queren, ein Parkplatz grenzt an, die S-Bahn tangiert den Bereich. Die Interimsnutzung wird nur für wenigen Wochen während des Seilzuges in diesem Bereich benötigt. Der Ausbau des Oberbodens bzw. ein tiefgründiger Ausbau sind nicht erforderlich. Die vorhandenen Bäume werden gefällt und an anderer Stelle im Bürgerpark neu gepflanzt.

Die Thematik der Haltung und Ableitung von Bauwasser war bereits zur Einreichung der Antragsunterlagen Süd-1 bekannt (Register 14 und 1) und wurde bei den Auswirkungen grundlegend mit betrachtet. Die in der 2. DBÄ enthaltenen temporären Flächenbedarfe (Korridore zur Verlegung der Rohre und Schläuche zur Ableitung von Bauwasser, Einleitstellen und Versickerungsflächen) stellen eine Konkretisierung dar. Dabei sind keine zusätzlichen Konflikte / Eingriffe erkennbar, die nicht bereits bei der Bearbeitung der Planunterlagen zum Abschnitt Süd-1 beachtet worden sind. Bei keinem der Standorte sind neue (zusätzliche) Arten betroffen. Die Auswirkungen können durch die in den § 21 Unterlagen genannten vorhabenbedingten Vorkehrungen (siehe Register 1 Erläuterungsbericht) und landschaftspflegerischen Maßnahmen (siehe Register 11.3) grundsätzlich für jeden Maststandort auf ein unerhebliches Maß vermindert werden.

Bei der Anpassung der Zuwegungen entfällt im Bereich Mast 7520/068 und 5100/025 die bisherige Zuwegung randlich durch eine Obstplantage und eine Saumstruktur querend und wird dafür über Ackerfläche unterhalb der Leitungen geführt. Dadurch wird sowohl von einer Habitatfläche für Zauneidechsen als auch von Bereichen mit Brutnachweisen von Wendehals und Neuntöter weiter abgerückt als in der bisher beantragten Lage. Die Auswirkungen auf Arten und damit auch Natura 2000 sind somit eher positiv einzustufen. Die temporäre Nutzung der Ackerfläche ist reversibel. Bei Mast 3030/003 handelt es sich um eine alternative Zuwegung. Hierbei wird ein vorhandener Waldweg zur Anlieferung von Gerüstmaterial und Provisoriumsteilen alternativ zu einer Durchfahrt durch (gesichertes) Werksgelände, ruderalem Grün am randlichen Betriebsgelände und Wald genutzt. Der vorhandene Waldweg wird generell zur Unterhaltung des Mastes 3030/003 genutzt. Eine Beeinträchtigung der in diesem Wald vorkommenden Arten lässt sich durch Maßnahmen vermeiden. Daher sind bei der alternativen Zuwegung keine erheblichen Umweltauswirkungen erkennbar.

Einzig die Vergrößerung der Fundamentköpfe an Mast 7100/022A bedeutet eine dauerhafte Neuversiegelung von (aufgerundet) 4 m² innerhalb eines geschützten Biotops. Diese geringe Flächengröße bewirkt keine erhebliche Auswirkung im Sinne des UVPG.

Die Einschätzung, dass die Auswirkungen der in der 2. DBÄ dargestellten Änderungen nicht erheblich im Sinne des UVPG sind, trägt folgenden Gesichtspunkten Rechnung:

- geringe Schwere der Auswirkung:

Die Anlage des Interimsparkplatzes in Eggenstein-Leopoldshafen erfolgt auf bereits anthropogen vorbelasteten Flächen. Der Ausgangszustand kann zeitnah wiederhergestellt werden, die betroffenen Biotoptypen regenerieren sich schnell.

Hinsichtlich der Wasserhaltung ist festzuhalten, dass die vorkommenden Biotoptypen, dort wo Wasserhaltungen notwendig werden, an Schwankungen im Wasserregime angepasst sind (Rhein-Niederung). Die mit der Wasserhaltung verbundene Grundwasserabsenkung liegt im natürlichen Schwankungsbereiches des Grundwassers in der Rhein-Niederung. Es besteht ein Wirkungsgefüge zwischen den seit langen Zeiträumen bestehen abiotischen Standortbedingungen und den darauf angepassten biotischen Lebensgemeinschaften. Weiterhin bedingt die Geologie der Niederterrasse (Hardtebene), dass wenig Bauwasser zu erwarten ist, eine generell hohe Versickerungsfähigkeit des Untergrundes gegeben bzw. schadfreie Einleitung möglich ist.

Angesichts des Klimawandels würde eine Einleitung in Gewässer oder flächige Versickerung von Bauwasser vor allem in trockenen und warmen Wetterperioden zusätzlich eine positive Wirkung mit sich bringen. Hierbei ist es nicht ausschlaggebend ob versickert oder eingeleitet wird. Dass dieses Wasser gereinigt (Absetzbecken) und schadstofffrei ist, beinhalten die planfestzustellenden Maßnahmen und Vorkehrungen.

Die Verschiebung einer temporären Zuwegung auf Ackerflächen und die Nutzung eines bestehenden Waldweges mit jeweils Rückversetzung in den ursprünglichen Zustand bedingen bei Beachtung der vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen keine schwerwiegende Auswirkung.

Die 4 m² Neuversiegelung, aufgrund der notwendig werdenden stärkeren Fundamentköpfe an Mast 7100/022A, bedingt durch die Geringflächigkeit unerhebliche Auswirkungen im Sinne der Umweltverträglichkeit. Aufgrund der Lage (enge Landzunge) und den angrenzend ebenfalls geschützten Biotopen bzw. Wald wird eine Befreiung von den Schutzbestimmungen für geschützte Biotope beantragt.

- geringe Komplexität

Von geringer Komplexität ist die Einrichtung eines Interimsparkplatzes auf bereits vor-geprägter innerörtlicher Grünfläche angrenzend an einen bestehenden Parkplatz und Rückführung in den Ausgangszustand nach wenigen Wochen.

Die Auswirkungen der Bauwasserhaltung (Einsickern von Wasser in Baugrube, Abpumpen des Wassers, Versickerung des in einem Absetzbecken gereinigten Wassers nahe-liegend (ohne jedoch gleich wieder einen Zustrom in die Baugrube zu haben) oder Ab-leitung in den nächstgelegenen Vorfluter) sind wenig komplex. Sie sind in ihrer Wirkungs-kette nachvollziehbar und räumlich gut einzugrenzen. Die Grundwasserabsenkungen bewegen sich im natürlichen Schwankungsbereich des Grundwasserspiegels in diesem Landschaftsraum.

Ebenso von geringer Komplexität ist die Anpassung der temporären Zuwegungen und die Vergrößerung der Fundamentköpfe bei Mast 7100/022A.

- geringe Dauer und Häufigkeit

Die Einrichtung des Interimsparkplatzes ist nur bauzeitlich und nur für wenige Wochen erforderlich. Aufgrund der geringen Dauer ist kein Ausbau des Oberbodens nötig.

Die Wasserhaltung ist zeitlich an Rückbaumasten für 5 Tage, an Neubaumasten für 3-65 Tage und bei Mastsanierungen für bis zu 20 Tage vorgesehen. Dies sind maximale Annahmen. Je nach Witterung im Bauzeitraum ist eine Verkürzung der Dauer möglich. Die Bauwasserhaltung wird nur für die Bauzeit notwendig und bringt keine wiederkehrenden Auswirkungen mit sich.

Die Nutzung der angepassten Zuwegungen ist bauzeitlich für einige Tage (bei Mast 3030/003) bzw. einige Wochen (bei Mast 7520/068 und 5100/025), danach wird der ur-sprüngliche Zustand wiederhergestellt.

Einzig die Fundamentvergrößerung ist dauerhaft. Die Flächeninanspruchnahme ist je-doch mit 4 m² sehr gering.

- Möglichkeit, die Auswirkungen wirksam zu vermindern

Mögliche (bereits seit erster Auslegung bekannte) Auswirkungen können wirksam durch die in den Antragsunterlagen beschriebenen Vorkehrungen (Register 1) und Maßnah-men des Landschaftspflegerischen Begleitplanes (Register 11.3) vermieden und auf ein unerhebliches Maß vermindert werden. Zuvorderst steht hier die Rückführung in den ursprünglichen Zustand bei bauzeitlich beanspruchten Flächen, aber auch die Maßnah-men zum Arten-, Boden- und Wasserschutz.

Damit sind keine zusätzlichen oder anderen erheblichen Umweltauswirkungen im Sinne des § 22 Abs. 2 UVPG für die Schutzgüter Boden, Wasser, Klima/Luft, Biotope/Pflanzen, Landschaftsbild, Mensch/ menschliche Gesundheit und kulturelles Erbe und deren Wechselwirkungen zu besorgen.

4 Ergebnisse der Betrachtung der Naturgüter nach LBP und des Artenschutzes

(zu Register 11 und 12 der Antragsunterlagen V19 Süd-1)

Die Bereiche der 2. DBÄ sind über die gesamte Streckenlänge von Abschnitt Süd-1 verteilt. Eine kartographische Darstellung der Änderungen finden sich in den Arbeitsflächenplänen dunkelblau dargestellt.


4.1 Herstellung temporärer Parkplatz beim Blauen Haus in Eggenstein-Leopoldshafen

Vorhaben 2. DBÄ

- Erweiterung Arbeitsfläche um 2.095 m² Interimsparkplatz

Belang/ Schutz- gebiet	Beschreibung / Auswirkung / Bewertung / Maßnahme
Boden	<p>Betroffen ist Siedlungsbereich.</p> <p>Kein Bodenabtrag, lastverteilende Maßnahmen während Inanspruchnahme. Es ist mit anthropogener Vorbelastung zu rechnen.</p> <p>Bei Umsetzung der in den Antragsunterlagen zu Abschnitt Süd-1 beschriebenen Maßnahmen zum Bodenschutz sind die technisch möglichen Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung hinsichtlich Boden ausgeschöpft. Langfristige Auswirkungen sind nicht zu erwarten.</p> <p>Es gibt keine neuartigen Beeinträchtigungen, die zusätzliche Maßnahmenarten zum Bodenschutz erfordern. Aus diesem Grund sind die Maßnahmen aus den § 21 NABEG-Unterlagen ausreichend und werden auf die Erweiterungsbereiche angewendet.</p> <p>Maßnahmen, die von angrenzenden in Anspruch genommenen Flächen Vorhaben 19 Abschnitt Süd-1 für die neue Flächeninanspruchnahme für den Interims-Parkplatz zu übertragen sind:</p> <p>V_{Bo1}: Bodenkundliche Baubegleitung,</p> <p>V_{Bo2}: Schutz vor Verdichtung (gilt generell, in Maßnahmenplan nur bei Betroffenheit verdichtungsempfindlicher Böden verortet),</p> <p>V_{Bo4}: Wiederherstellung Bauflächen (gilt generell, ohne Verortung in Maßnahmenplan),</p> <p>V_{Bo5}: Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Gewässer (entspricht V_{WRL6}, gilt generell, ohne Verortung in Maßnahmenplan)</p>

Wasser	<p>kein Bodenabtrag, Versickerung Niederschlagswasser erfolgt direkt oder seitlich angrenzend, keine Auswirkungen auf Grundwasser, keine Betroffenheit oberirdischer Gewässer.</p> <p>Bei Einhaltung der in den Antragsunterlagen zu Abschnitt Süd-1 beschriebenen Maßnahmen zum Wasserschutz sind keine Auswirkungen auf Wasser zu besorgen.</p> <p>Maßnahme, die von angrenzenden in Anspruch genommenen Flächen Vorhaben 19 Abschnitt Süd-1 für die neue Flächeninanspruchnahme durch den Interimparkplatz zu übertragen ist:</p> <p>V_{WRRL}6: Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Gewässer (entspricht V_{Bo5})</p>
Klima/Luft	<p>Geringe lokale Auswirkungen auf Klima/Luft an dieser Stelle im Bürgerpark aufgrund der sehr geringen Dauer des Interimparkplatzes und der Neupflanzung der Bäume an anderer Stelle im Bürgerpark.</p>
Landschaftsbild	<p>Die Änderung umfasst ausschließlich temporäre Baustellenflächen in dem Zeitraum, in dem auch bisher bereits Baustellentätigkeit Gegenstand der beantragten Planfeststellung ist. Die Fläche des Bürgerparkes wird nach der Parkplatznutzung für die Nutzung als Bürgerpark wiederhergestellt. Die Neupflanzung der Bäume erfolgt im Bürgerpark, an von der Gemeinde benannten Stellen (Gemarkung Leopoldshafen, vorauss. Flst. 3247).</p> <p>Keine nachhaltigen, dauerhaften, erheblichen Auswirkungen auf das Landschaftsbild und das Naturerleben.</p>
Biotoptypen/ Flora	<p>Betroffen ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Parkwald (59.90), es handelt sich um überwiegend regelmäßig gemähte Wiese mit verteilt liegenden, tlw. gruppierten Einzelbäumen (siehe Luftbildausschnitt, ca. 27.720 m²) – Fettwiese mittlerer Standorte (33.41, 1.848 m²) ausschließlich Ackerflächen (37.11) – Vorhandener Weg (60.23, 186 m²) <p>Keine nachhaltigen, erheblich nachteiligen Auswirkungen. Neben Wiederherstellung des Grünlandes nach Baustellenzeit und Nachpflanzung Bäume im Bürgerpark, Flst. 3247 Gemarkung Leopoldshafen sind keine weiteren Maßnahmen aus Sicht Biotoptypen / Flora notwendig.</p> <p>V1/V8: Wiederherstellung hochwertiger Vegetation, hier: Neupflanzung Bäume (Neupflanzung Einzelbäume innerhalb Bürgerpark)</p>

	 <p>Luftbildausschnitt mit zusätzlich beantragter Fläche für Interims-Parkplatz und kartierten Biotoptypen (unmaßstäblich)</p>
Fauna	Es handelt sich um die Vergrößerung der bisherigen Arbeitsfläche in einem bereits faunistisch verarmten Bereich mit Park- und Infrastrukturflächen. Erhebliche Auswirkungen durch die temporär vergrößerte Arbeitsfläche mit Nutzung als Interimsparkplatz sind auszuschließen.
Besonderer Artenschutz	Durch die temporär vergrößerte Arbeitsfläche mit Nutzung als Interimsparkplatz sind mangels Betroffenheiten europarechtlich geschützter Arten keine Verletzungen des § 44 Abs. 1 BNatSchG zu prognostizieren.

Schutzgebiete	Betroffenheit
NSG	Nicht betroffen
LSG	Nicht betroffen
ND	Nicht betroffen
Natura 2000	Nicht betroffen
Gesetzlich geschützte Biotope	Nicht betroffen
Waldbiotope	Nicht betroffen
Wasserschutzgebiete	Nicht betroffen

4.2 Ergänzung benötigter Baustelleneinrichtungsflächen im Rahmen der wasserrechtlichen Anträge (Vorhaben)

Für die Beförderung des im Rahmen der Wasserhaltung geförderten Grundwassers zur Einleitstelle oder Versickerungsfläche werden Korridore für die Verlegung von Wasserleitungen (Schlauch- oder Rohrleitungsverbindungen) benötigt. Die Flächeninanspruchnahmen für diese Korridore sowie die Einleitstellen und Versickerungsflächen sind Gegenstand dieser Zweiten DBÄ.

Aspekt oberirdische Flächennutzung

Die Arbeitsflächenpläne stellen 5 m breite Korridore dar, auf denen Rohre und Schläuche zur Wasserableitung gelegt werden. Die Verlegung der Rohr- und Schlauchleitungen erfolgt händisch bzw. mittels Raupenfahrzeugen. Der Durchmesser der zur Anwendung kommenden Rohr-/Schlauchleitungen ist abhängig von den zu fördernden Wassermengen und schwankt zwischen ca. 150 mm und 800 mm (zur Förderung von 100 m³/h bis 5.000 m³/h). Erfahrungsgemäß ist ein Streifen für die temporäre Flächeninanspruchnahme durch die Rohr-/Schlauchleitungen von ca. 1 m links und 1 m rechts der Leitung vorgesehen (vgl. Anlage 6 der 2.DBÄ, wasserrechtliche Anträge, Teil 1 und 2, jeweils Kap. 4.1.4). Der damit wesentlich größer dargestellte Flächenbedarf ermöglicht damit einen Spielraum, um mit den flexiblen Schläuchen/ Rohren an Relief angepasst und Bewuchs schonend diese Wasserableitungen zu verlegen. Die wirkliche Auflage von Rohren und Schläuchen auf dem Boden ist sehr gering.

Die Rohrleitungen liegen wenige Tage bis Wochen. Folgende Zeiträume sind definiert:

	max. Dauer der Wasserhaltungsmaßnahmen
Rückbaumast	5 Tage
Neubaumast	3 bis 65 Tage
Mastsanierung	20 Tage

Durch den Vorhabenträger sind Vorkehrungen zur Vermeidung und Minderung der Auswirkungen getroffen: Es werden keine Gehölze oder Bäume gefällt oder gerodet, lediglich eine Freimachung von Unterholz, Stauden oder krautigem Bewuchs bzw. ein Durchbruch durch dichtes Heckengestrüpp ist möglich. Diese minimalinvasiven Gehölzeingriffe erfolgen in den Monaten Oktober bis Februar, rechtzeitig vor der Verlegung der Wasserleitungen. Ggf. wird in Abhängigkeit vom Gelände eine Fixierung der Wasserleitung mit Schraubankern erforderlich (vgl. Erläuterungsbericht 2. DBÄ).

Die mit der Wasserhaltung verbundene nur kurzzeitige und geringflächige Flächeninanspruchnahme durch Rohr- / Schlauchleitungen bedingt keine Änderung der Vegetation (Biotoptypen) und Nutzung. Bei flächiger Versickerung kann es zeitlich begrenzt ggf. zu einer besseren Wüchsigkeit kommen. Die Bauwasserhaltung beeinträchtigt die Fauna nicht. Die Flächen und der Boden werden nicht verändert. Aufgrund der kurzen Dauer

der Bauwasserhaltung haben weder die Einleitung noch eine flächige Versickerung eine erhebliche Auswirkung auf Klima. Die Bauwasserhaltung erfolgt, wenn an diesen Masten die beantragte Baustellentätigkeit läuft. D.h. zusätzliche Rohre und Schläuche für einen begrenzten Zeitraum beeinträchtigen das Landschaftsbild nicht erheblich mehr. Generell werden baustellenzeitlich genutzte Flächen in den ursprünglichen Zustand rückgeführt. Die kurzzeitig überdeckte Vegetation regeneriert sich schnell, Gehölze können aufgrund des oben genannten Platzes innerhalb des Korridors erhalten werden. Die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes ist nicht beeinträchtigt.

Aspekt Wasserkreislauf

Die zu beantragende Bauwasserhaltung bedingt eine Wasserentnahme und damit verbunden eine Grundwasserabsenkung im Bereich der Baugruben und eine zusätzliche Wassergabe an den Einleitstellen bzw. auf den Versickerungsflächen. Spezifische Angaben je betroffenem Baustandort zur Art der Wasserhaltung, geschätzten Fördermenge, evtl. Aufbereitungsschritte, Dauer der Wasserhaltung und die Gestaltung der Einleitung bzw. Versickerungsstellen ist den wasserrechtlichen Anträgen zu entnehmen.

Nachfolgend aufgezeigte Vorkehrungen und Maßnahmen sorgen für eine Vermeidung und Minderung etwaiger nachteiliger Auswirkungen der Wasserhaltung der Auswirkung:

- Die mit der Wasserhaltung verbundene Grundwasserabsenkung liegt im natürlichen Schwankungsbereiches des Grundwassers in der Rhein-Niederung.
- Einsatz einer Umweltbaubegleitung und einer Bodenkundlichen Baubegleitung (V_{AR16}, V_{BO01})
- Es wird gewährleistet, dass die Wassermengen von den Gewässern aufgenommen werden können und nicht zu erheblich nachteiligen umweltrelevanten Auswirkungen führen. Dies ist beispielweise durch die Nutzung eines Absetzbeckens gewährleistet, um einen Sedimenteintrag in das Gewässer zu verhindern. (Erläuterungsbericht, Register 1)
- Flächenversickerung als Alternative zur Einleitung in Fließgewässer: Minimierung des Bauwassereintrags in Oberflächenwasserkörper, Zuführung in den Grundwasserkörper, Versickerung durch belebte Oberbodenschicht; Vorgaben der DWA-A 138 (DWA 2005) sind einzuhalten. (V_{WRRL2})
- Vermeidung hydraulischer Belastungen: Berücksichtigung der hydraulischen Leistungsfähigkeit des Gewässers. Minimierung Trübung, Vermeidung Erosion, Vermeidung Auskolkung, Einleitung in Höhe Mittelwasserstand, Einleitmenge darf 50% des mittleren Abflusses (MQ) des Gewässers nicht überschreiten (weitere Möglichkeiten der Wasserableitung: Flächenversickerung, mehrere Einleitstellen, Abtransport, zeitliche Staffelung der Bauausführung). Rückbau einer befestigten Einleitung nach Baumaßnahmen. (V_{WRRL3})

- Schutzmaßnahmen aufgrund Lage innerhalb HQ100-Überflutungsflächen und Gewässerrandstreifen (entspricht VBo10): Verminderung von Schweb-, Trüb- und Feststoffen in Oberflächengewässer während der Bautätigkeiten. (V_{WRRL}4)
 - Wiederherstellung der Flächen innerhalb des Gewässerrandstreifens nach Abschluss der Bautätigkeiten.
 - Bei Ankündigung von Starkregen- oder Hochwasserereignissen sowie Schlechtwetterperioden sind alle Fahrzeuge, Geräte sowie Lagerbehälter aus dem Überflutungsbereich zu entfernen und außerhalb auf einer befestigten Fläche zu verbringen. Hierzu sind die Warnungen des länderübergreifenden Hochwasser Portals zu beachten.
 - Generell sind keine abschwemmbar Materialien (Gegenstände, Feststoffe, Flüssigkeiten) dauerhaft im Bereich des HQ100 zu lagern.
- Vermeidung der Einleitung von belastetem Bauwasser: Verminderung von Schadstoffemissionen in Oberflächengewässer während der Bauwasserhaltung. (V_{WRRL}5)
 - Beprobung Grundwasser sowie des für eine Einleitung vorgesehenen Oberflächengewässers.
 - Durch die Adsorption mittels Aktivkohle mit einer mobilen Filteranlage ist eine Reinigung von adsorbierbaren, gelösten Inhaltsstoffen möglich.
 - Als Alternative besteht die Möglichkeit, das geförderte Grundwasser abzutransportieren und entsprechend aufzubereiten.
 - In Abhängigkeit der stofflichen Begebenheiten sind ggf. weitere Aufbereitungsmaßnahmen mit der zuständigen Behörde abzustimmen.
 - Die Einleitung von verunreinigtem Wasser in den Vorfluter ist zu unterlassen.
- Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Grundwasser (V_{WRRL}6)
 - Auf unbefestigten Flächen ist das Lagern und Verwenden von Öl, Benzin und Schmierstoffen nicht erlaubt. Tankvorgänge sind ausschließlich auf befestigten Flächen bzw. über Auffangeinrichtungen gestattet.
 - Hilfsmittel zur Aufnahme und zum Auffangen von ausgelaufenen Ölen, Treibstoffen oder Ähnlichem sind in ausreichendem Maße bereitzuhalten (z. B. Ölbindemittel und Wannen).
 - Wassergefährdende Flüssigkeiten, insbesondere Mineralöle und Mineralölprodukte, dürfen nur in flüssigkeitsdichten Auffangwannen gelagert werden, deren Auffangvolumen dem Gehalt aller Lagerbehälter entspricht.
 - Wassergefährdende Feststoffe sind so zu lagern, dass ein Auslaugen bzw. Abschwemmen ins Grund- und Oberflächenwasser nicht zu besorgen ist (vgl. § 53 Wassergesetz BW).
 - Es sind biologisch abbaubare Hydrauliköle in Wasserschutzgebieten und am Gewässerrand zu nutzen.
 - Bei allen Maßnahmen im Gewässerbereich ist der Eintrag aus alkalischen (z.B. Beton) oder sauren Werkstoffen zu vermeiden.
 - Für die Fundamentherstellung an Maststandorten mit Grundwasserhaltung bzw. im Einflussbereich des Grundwassers dürfen nur nicht auswasch- oder auslaugbare Stoffe oder Baumaterialien verwendet werden.
 - Die Lagerung von Baustoffen in der Baugrube ist verboten.
 - Durch die Bohrmaßnahmen dürfen keine wassergefährdenden Stoffe in den Boden oder ins Grundwasser eingetragen werden (z.B. durch die Verwendung entsprechender Bohrflüssigkeiten)

- Generell sind bei olfaktorischen oder optischen Auffälligkeiten die Bauarbeiten sofort zu stoppen und die BBB bzw. die zuständige Fachbehörde zu benachrichtigen. Holzschwellenfundamente sind laut Vorhabenträgerin nicht zu erwarten.
- Bei Verdacht auf schadstoffbelastete Böden ist eine entsprechende Beprobung und Analytik vorzusehen. Auf Basis der Analyseergebnisse erfolgt eine fachgerechte Verwertung oder Entsorgung gemäß den rechtlichen Vorgaben.
- Umweltgefährliche Stoffe dürfen nicht durch die Baumaßnahme verbreitet oder freigesetzt werden. Belastetes Bodenmaterial darf nach Umlagerung nur unmittelbar am Entnahmeort eingebaut werden, soweit keine Gefahr oder schädliche Bodenveränderung im Sinne des Bodenschutzrechtes ausgelöst wird. Überschüssiges Bodenmaterial muss fachgerecht, entsprechend seiner Einstufung gemäß Mantelverordnung (durchwurzelbare Bodenschicht nach BBodSchV, Aushub je nach Belastungsgrad nach Ersatzbaustoffverordnung oder Deponieverordnung) entsorgt werden.

Folgende Standorte liegen in erfassten Altablagerungen oder Altlaststandorten. Dortige Baumaßnahmen sind im Rahmen der Ausführungsplanung mit der zuständigen Fachbehörde abzustimmen:

- Die Fundamentgrube des Neubaumastes 7100/21A greift in die Altablagerungs-/Altlastenfläche 01367-000 ein. Der ausgehobene Boden muss auf Planen gelagert, nach LAGA PN98 (LAGA 2001) beprobt und analysiert werden. Die fachgerechte Verwertung (Einbau vor Ort, wenn auf Grundlage von Beprobung und Analysen möglich) bzw. Entsorgung erfolgt gemäß Vorgaben aus der Mantelverordnung
- Sollten bisher nicht bekannte Verunreinigungen des Bodens angetroffen werden, sind die Bauarbeiten zu stoppen, die Bauleitung zu informieren und erforderliche Maßnahmen einzelfallspezifisch mit der Bodenkundlichen Baubegleitung und den zuständigen Fachbehörden abzustimmen.

In den Wasserrechtlichen Anträgen (2.DBÄ, Anlage 6, Teil 1, Kapitel 4.1.5) weist darauf hin, dass ein Einfluss der temporären, kurzzeitigen Bauwasserhaltung auf naheliegen Stillgewässer aus gutachterlicher Sicht ausgeschlossen werden kann, mit folgenden Begründungen:

- Eine Wechselwirkung zwischen Grundwasser und Seewasserspiegel ist auf Basis der vorhandenen Datenlage schwierig abschätzbar. Es ist allerdings zu vermuten, dass sich das Grundwasser in dem, die bindigen Sedimente unterlagernden Poren-Grundwasserleiter befindet, und die Tiefe der Seen bis in diese Schicht hineinreicht. Eine Wechselwirkung zwischen Seewasserspiegel und Grundwasser ist daher zu vermuten.
- Auf Grund der allerdings nur temporären und lediglich kurzzeitigen Grundwasserabsenkung bilden sich die Absenktrichter erfahrungsgemäß nicht so schnell in vollem Umfang aus, dass diese zu einem messbaren Abfall der Wasserspiegellagen (unterhalb eines kritischen Wertes bzw. außerhalb natürlicher Schwankungen) in den Stillgewässern führen würden.
- Die Berechnung des Absenktrichters (= Reichweite der Grundwasserabsenkung) ergibt einen fiktiven Wert und berücksichtigt dabei nicht die vorhandenen bindige Deckschichten aus Auen- oder Terrassenlehmen. Die reale Ausbreitung des Absenktrichters endet an der Unterkante der bindigen Deckschicht bzw. es benötigt

wesentlich mehr Zeit, die bindigen Deckschichten zu entwässern als die Wasserhaltung andauert.

- Weiterhin ist das Verhältnis zwischen entnommener Grundwassermengen/-volumen und dem Gesamtvolumen der Stillgewässer so klein, dass auch bei einer wenig wahrscheinlichen unterirdischen Fließrichtung von Wasser aus dem See heraus, dies nicht zu messbaren Wasserspiegelschwankungen im Stillgewässer führen wird.

Des Weiteren werden weitergehende potentielle Maßnahmen aufgezeigt, z.B. zur Überwachung, Infiltrierung und zum geringwasserdurchlässigen Verbau.

Fazit

Zusammenfassend ist hinsichtlich der Wasserhaltung festzuhalten, dass einerseits die vorkommenden Biotoptypen, dort wo Wasserhaltung notwendig werden, an Schwankungen im Wasserregime angepasst sind (Rhein-Niederung). Es besteht das Wirkungsgefüge aus seit langen Zeiträumen bestehenden abiotischen Standortbedingungen und der daran angepassten biotischen Lebensgemeinschaften. Die Auswirkungen der Wasserhaltung liegen im Schwankungsbereich dieses bestehenden Wirkungsgefüges. Andererseits bedingt die Geologie der Niederterrasse (Hardtebene), dass wenig Bauwasser zu erwarten ist und gut versickert/ eingeleitet werden kann). Gegen eine Verschmutzung von Boden und Wasser, zur Vermeidung der Einleitung belasteter Wässer und zur Vermeidung der Überlastung von Einleitgewässern sind planfestzustellenden Maßnahmen in den Antragsunterlagen für Planfeststellungsabschnitt Süd-1 (Register 11.3) definiert.

Angesichts des Klimawandels würde eine Ableitung von Bauwasser vor allem in trockenen und warmen Wetterperioden eine positive Wirkung mit sich bringen. Hierbei ist es nicht ausschlaggebend ob versickert oder eingeleitet wird.

An den Masten, an denen oberflächennah nicht mit Grundwasser zu rechnen ist und somit lediglich eine Tagwasserhaltung vorgehalten wird, kann das temporäre Auftreten von Schichten-, Stau- und Sickerwasser, insbesondere infolge langanhaltender oder starker Niederschläge, nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Die Tagwasserhaltung, welche an jedem Maststandort bzw. an jeder Baugrube vorzuhalten ist, ähnelt einer offenen Wasserhaltung. Hier sind die abzuführenden Wassermengen in der Regel allerdings gering, da nur zeitweise Niederschlags- und Oberflächenwasser, sowie ggf. temporär anfallendes Sicker-, Stau und Schichtenwasser von der Baugrubensohle abgepumpt werden muss. Da es sich um geringe Mengen handelt, sind hierbei keine Beeinträchtigungen der umliegenden biotoptypen, Arten und des Wasserhaushaltes zu besorgen.

Da die Wasserhaltung und –ableitung die Gestalt oder Nutzung der Grundfläche und auch den mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegel

nicht dahingehend verändert, dass die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes erheblich beeinträchtigt würde, liegt kein bilanzierbarer Eingriff in Natur und Landschaft vor. Bedingung ist die Einhaltung der planfestzustellenden Maßnahmen in den Antragsunterlagen für den Planfeststellungsabschnitt Süd-1 (Register 11.3).

4.3 Fundamentkopfvergrößerung Mast 7100/022A

Im Rahmen der Ausführungsplanung ergibt sich für den Mast 7100/022A aus statischen Gründen eine Vergrößerung der Fundamentkopfmaße gegenüber den für die Planfeststellung berücksichtigten Maßen. Jeder Fundamentkopf der vier Maststiele wird im Radius 15 cm breiter. Die Gründe und neuen Maße sind im Erläuterungsbericht zur 2.DBÄ aufgezeigt.

In Summe ergibt sich eine Mehrversiegelung von ca. 4 m² (3,67 m²).

Belang/ Schutz- gebiet	Beschreibung / Auswirkung / Bewertung / Maßnahme
Boden	<p>Betroffen ist an den Mast 7100/022A Boden der bodenkundlichen Kartiereinheit w134 <i>Kalkhaltiger Brauner Auenboden-Auengley aus Auenlehm und Auensand</i>.</p> <p>In Summe an den vier Maststielen ergibt sich eine Mehrversiegelung von 3,67 m².</p> <p>Es gibt keine neuartigen Beeinträchtigungen, die zusätzliche Maßnahmen zum Boden- und Wasserschutz erfordern. Aus diesem Grund sind die Maßnahmen aus den § 21 NABEG-Unterlagen ausreichend und werden auf die Erweiterungsbereiche angewendet.</p> <p>Insbesondere gilt für den Bodenaushub Maßnahmenblatt VBo3. Maßnahmen, die im Baugrubenbereich Mast 7100/022A bereits zu berücksichtigen sind und auch für die Mehrversiegelung gelten:</p> <p>V_{Bo1}: Bodenkundliche Baubegleitung,</p> <p>V_{Bo2}: Schutz vor Verdichtung (gilt generell, in Maßnahmenplan nur bei Betroffenheit verdichtungsempfindlicher Böden verortet),</p> <p>V_{Bo3}: Schutz vor Vermischung (gilt generell, in Maßnahmenplan nur bei Betroffenheit verdichtungsempfindlicher Böden verortet),</p> <p>V_{Bo4}: Wiederherstellung Bauflächen (gilt generell, ohne Verortung in Maßnahmenplan),</p> <p>V_{Bo5}: Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Gewässer (entspricht V_{WRRL6}, gilt generell, ohne Verortung in Maßnahmenplan)</p>

Wasser	<p>Versickerung Niederschlagswasser direkt oder seitlich angrenzend, keine Auswirkungen auf Grundwasser, keine Betroffenheit oberirdischer Gewässer</p> <p>Bei Einhaltung der in den Antragsunterlagen zu Abschnitt Süd-1 beschriebenen Maßnahmen zum Boden- und Wasserschutz sind keine Auswirkungen auf Wasser zu besorgen.</p> <p>Für Fundamente gilt insbesondere:</p> <p>V_{WRRLL}6: Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Gewässer (entspricht V_{Bo5})</p>
Klima/Luft	Keine Auswirkungen auf Klima/Luft aufgrund der Kleinräumigkeit der Veränderung.
Landschaftsbild	Aufgrund der Kleinräumigkeit keine nachhaltigen, dauerhaften, erheblichen Auswirkungen auf das Landschaftsbild und das Naturerleben.
Biotoptypen/ Flora	<p>Betroffen ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Landschilf-Röhricht (34.52, ca. 4 m²) <p>Rückbaumast 5100/022 als auch Neubaumast 7100/022A stehen in einer ca. 5.620 m² großen Röhrichtfläche (kartiert 2022). Der Rückbau gleicht den Neubau teilweise aus. Andererseits unterliegen die Anteile der auf der Landzunge vorkommenden Biotoptypen (Auwald, Röhricht und Pappelwald) einer natürlichen Varianz, so dass von keiner erheblich nachteiligen Auswirkung ausgegangen werden muss. Im Mastgeviert 7100/022A wird sich Landschilf-Röhricht wieder regenerieren.</p>
Fauna	Es handelt sich um die Vergrößerung der bisherigen, geplanten Fundamentköpfe um ca. 0,15 cm Radius/ 0,9 m² je Maststiel. Erhebliche Auswirkungen auf Fauna sind hierdurch auszuschließen.
Besonderer Artenschutz	Standörtlich sind keine zusätzlichen bewertungsrelevanten Auswirkungen zu prognostizieren.

Schutzgebiete	Betroffenheit
NSG	NSG Altrhein Kleiner Bodensee (2.081)
LSG	Nicht betroffen
ND	Nicht betroffen
Natura 2000	DE 6816-401 VSG Rheinniederung Karlsruhe – Rheinsheim DE 6816-341 FFH Rheinniederung von Karlsruhe bis Philippsburg
Gesetzlich geschützte Biotope	Biotopnummer 269162155724 Röhricht am Kleinen Bodensee, 4 m² Land-Schilfröhricht (34.52)
Waldbiotope	Das o.g. Röhricht liegt als rechtlich geschütztes Offenland-Biotop im Wald, erfasst durch die Waldbiotopkartierung.
Wasserschutzgebiete	Keine Wasserschutzgebiete nach WHG und WG BW betroffen. Mast 7100/022A steht im Überschwemmungsgebiet HQ10.

	<p>Mast 7100/022A liegt im Vorranggebiet vorbeugender Hochwasserschutz des Regionalplans Mittlerer Oberrhein (GebNum: HOWA_1571_V1).</p> <p>Hier ist vorab festzuhalten, dass im Rahmen der Beteiligung zur Fortschreibung des Regionalplanes die Stellungnahmen der TransnetBW dahingehend beantwortet wurden, dass „der Ausbau von Infrastrukturanlagen in allen Freiraumfestlegungen ausnahmsweise möglich ist.“ Zudem wird im Regionalplan selbst der Trassierungsgrundsatz für Leitungsnetze festgelegt, dass regionale und überregionale Transportleitungen gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden sollen (Plansatz 4.2.2 (1)) und bevorzugt vorhandene Infrastrukturen genutzt werden sollen (Plansatz 2.2.2 (2)). In der Satzungsfassung des 4.Regionalplans Mittlerer Oberrhein werden innerhalb des Abschnittes Süd-1 flächig Vorranggebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz vorgesehen. Anlagen (und deren Bau) sind zulässig, wenn sie die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigen und der Verlust von Rückhalteraum ausgeglichen wird, den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändern, den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigen und hochwasserangepasst ausgeführt werden. Bauliche Anlagen sind in Vorranggebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz ausnahmsweise zulässig, wenn keine alternativen Möglichkeiten bestehen. Alternativen außerhalb dieses Vorranggebietes vorbeugender Hochwasserschutz bestehen nicht.</p> <p>Es handelt sich um eine Ersatzneubau eines vorhandenen Mastes. Bei Einhaltung der in den Antragsunterlagen zu Abschnitt Süd-1 beschriebenen Maßnahmen zum Boden- und Wasserschutz sind keine Auswirkungen auf Wasser oder den Hochwasserschutz zu besorgen.</p> <p>Das Vorhaben ist dahingehend zu den beschlossenen Festlegungen des Regionalplanes (Satzungsbeschluss 28.Mai 2025) konform.</p>
--	---

4.4 Anpassungen Zuwegungen (7520/068; 3030/003)

4.4.1 Änderung Zuwegung zu Mast 7520/068 und 5100/025

Vorhaben Zweite Deckblattänderung:

- Verlegung Zuwegung zu diesen beiden Masten um Erweiterung Arbeitsfläche um 65 m nach Nordosten

Belang/ Schutz- gebiet	Beschreibung / Auswirkung / Bewertung / Maßnahme
Boden	<p>Betroffen ist die bodenkundliche Kartiereinheit w131 (Kalkhaltiger Auengley-Brauner Auenboden aus Auenlehm), Auenlehm, häufig über Auensand, auf Terrassensand und -kies, Vorkommen von Stauwasser bis 1 m Tiefe möglich.</p> <p>Kein Bodenabtrag, lastverteilende Maßnahmen während Inanspruchnahme.</p> <p>Die in dieser DBÄ beantragte alternative Zuwegung verläuft auf einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (Acker). Dafür wird die bisher bean-</p>

	<p>tragte Zuwegung, ebenfalls über landwirtschaftlich genutzte Fläche (Obstplantage und ausdauernde Ruderalflur als Saum) und kurz über versiegelten Weg nicht benötigt.</p> <p>Bei Umsetzung der in den Antragsunterlagen zu Abschnitt Süd-1 beschriebenen Maßnahmen zum Boden- und Wasserschutz wie bei den angrenzenden Baustellenflächen sind die technisch möglichen Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung hinsichtlich Boden ausgeschöpft, bodenartabhängige langzeitliche Auswirkungen werden in der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanz berücksichtigt.</p> <p>Maßnahmen, die von angrenzenden in Anspruch genommenen Flächen Vorhaben 19 Abschnitt Süd-1 für die neue Flächeninanspruchnahme der ersten Deckblattänderung zu übertragen sind:</p> <p>V_{Bo1}: Bodenkundliche Baubegleitung,</p> <p>V_{Bo2}: Schutz vor Verdichtung (gilt generell, in Maßnahmenplan nur bei Betroffenheit verdichtungsempfindlicher Böden verortet),</p> <p>V_{Bo4}: Wiederherstellung Bauflächen (gilt generell, ohne Verortung in Maßnahmenplan),</p> <p>V_{Bo5}: Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Gewässer (entspricht V_{WRL6}, gilt generell, ohne Verortung in Maßnahmenplan)</p>
Wasser	<p>kein Bodenabtrag, Versickerung Niederschlagswasser direkt oder seitlich angrenzend, keine Auswirkungen auf Grundwasser, keine Betroffenheit oberirdischer Gewässer. Die Verschiebung der Zuwegung beansprucht vergleichbar große Fläche.</p> <p>Bei Einhaltung der in den Antragsunterlagen zu Abschnitt Süd-1 beschriebenen Maßnahmen zum Boden- und Wasserschutz sind keine Auswirkungen auf Wasser zu besorgen.</p> <p>Maßnahme, die von angrenzenden in Anspruch genommenen Flächen Vorhaben 19 Abschnitt Süd-1 für die neue Flächeninanspruchnahme der ersten Deckblattänderung zu übertragen sind:</p> <p>V_{WRL6}: Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Gewässer (entspricht V_{Bo5})</p>
Klima/Luft	Keine Auswirkungen auf Klima/Luft
Landschaftsbild	<p>Die Zuwegungen werden temporär benötigt.</p> <p>Nach Beendigung der Baumaßnahme werden sämtliche im Rahmen der Zuwegung und Bauausführung genutzte Flächen von der Vorhabenträgerin bzw. den beauftragten Bauunternehmen in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt.</p> <p>Die Verschiebung der Zuwegung bedingt keine nachhaltigen, dauerhaften, erheblichen Auswirkungen auf das Landschaftsbild und das Naturerleben, kein Eingriff im Sinne der Eingriffsregelung.</p>
Biotoptypen/ Flora	Betroffen ist überwiegend Ackerfläche (37.11, ca. 816 m²) und an deren Rand zum versiegelten Weg (60.21) ausdauernde grasreiche Ruderalflur (35.64, ca. 45 m²)

	<p>Dafür werden Flächen einer eingezäunten Obstplantage (37.21) und ausdauernder Ruderalflur (35.64) und die kurze Zufahrt zur Obstplantage (60.21) nicht benötigt.</p> <p>Nach Beendigung der Baumaßnahme werden sämtliche im Rahmen der Zuwegung und Bauausführung genutzte Flächen von der Vorhabenträgerin bzw. den beauftragten Bauunternehmen in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt. Dies ist bei Ackerflächen einfacher zu erreichen, als bei Obstplantagen.</p>
Fauna	<p>Neu betroffen ist eine strukturarme Ackerfläche im Leitungsschneisenbereich der Anlagen 7520, 1060 und 5100.</p> <p>Neue Betroffenheiten ergeben sich aus der Arbeitsflächenerweiterung für das Schutzgut nicht.</p> <p>Hingegen entfällt die Zuwegung entlang eines längeren Streifens Ruderalflur mit Obstbaumreihe und Feldgehölzen, welche als Habitatfläche für Reptilien Bedeutung hat; auch die Querung dieser Habitatfläche entfällt.</p> <p>Im Umfeld der Zuwegung liegen Brutnachweise des Wendehalses sowie des Neuntöters. Durch die Anpassung der Lage der Zuwegung liegt die in der 2.DBÄ beantragte Zuwegung in weiterer Entfernung von den Brutnachweisen als in die in der Antragsunterlage beantragte Zuwegung und weiter außerhalb der jeweiligen Fluchtdistanzen.</p> <p>Die Verschiebung der Zuwegung ist aus faunistischer Sicht zu begrüßen.</p>
Besonderer Artenschutz	<p>Standörtlich sind keine zusätzlichen bewertungsrelevanten Auswirkungen zu prognostizieren. Habitatfläche für Reptilien kann geschont werden. Anpassung des Reptilienschutzzaunes um die Arbeitsfläche aufgrund veränderter Zuwegung.</p> <p>Maßnahmen, die von angrenzenden in Anspruch genommenen Flächen Vorhaben 19 Abschnitt Süd-1 für die neue Flächeninanspruchnahme der ersten Deckblattänderung zu übertragen sind:</p> <p>V_{AR}7 Tageszeitliche Beschränkung der Bautätigkeiten</p>
Schutzgebiete	Betroffenheit
NSG	Nicht betroffen
LSG	Nicht betroffen
ND	Nicht betroffen
Natura 2000	Die Zuwegung verschiebt sich innerhalb des Vogelschutzgebietes 6816-401 <i>Rheinniederung Karlsruhe – Rheinsheim</i> . Die entfallende und die neu betroffene Fläche sind vergleichbar groß. Es handelt sich um bauzeitliche und dementsprechend temporäre Wirkungen. Beeinträchtigungen von Erhaltungs- bzw. Entwicklungszielen sind auch unter Berücksichtigung möglicher kumulativer Auswirkungen sowie funktionaler Beziehungen hinsichtlich weiterer Natura 2000-Gebiete nicht zu prognostizieren.
Gesetzlich geschützte Biotope	Nicht betroffen

Waldbio- tope	Nicht betroffen
Wasser- schutzge- biete	<p>Keine Wasserschutzgebiete nach WHG und WG BW betroffen.</p> <p>Die verschobene Zuwegung liegt wie die in den Antragsunterlagen beantragte Zuwegung auch im Vorranggebiet vorbeugender Hochwasserschutz des Regionalplans Mittlerer Oberrhein (GebNum: HOWA_376_V1)</p> <p>Hier ist vorab festzuhalten, dass im Rahmen der Beteiligung zur Fortschreibung des Regionalplanes die Stellungnahmen der TransnetBW dahingehend beantwortet wurden, dass „der Ausbau von Infrastrukturanlagen in allen Freiraumfestlegungen ausnahmsweise möglich ist.“ Zudem wird im Regionalplan selbst der Trassierungsgrundsatz für Leitungsnetze festgelegt, dass regionale und überregionale Transportleitungen gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden sollen (Plansatz 4.2.2 (1)) und bevorzugt vorhandene Infrastrukturen genutzt werden sollen (Plansatz 2.2.2 (2)). In der Satzungsfassung des 4.Regionalplans Mittlerer Oberrhein werden innerhalb des Abschnittes Süd-1 flächig Vorranggebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz vorgesehen. Anlagen (und deren Bau) sind zulässig, wenn sie die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigen und der Verlust von Rückhalteraum ausgeglichen wird, den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändern, den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigen und hochwasserangepasst ausgeführt werden. Bauliche Anlagen sind in Vorranggebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz ausnahmsweise zulässig, wenn keine alternativen Möglichkeiten bestehen.</p> <p>Es handelt sich um eine temporäre Zuwegung am Umbau einer vorhandenen Anlage bzw. Rückbau der Leitungsanlage 5100. Bei Einhaltung der in den Antragsunterlagen zu Abschnitt Süd-1 beschriebenen Maßnahmen zum Boden- und Wasserschutz sind keine Auswirkungen auf Wasser oder den Hochwasserschutz zu besorgen.</p> <p>Das Vorhaben ist dahingehend zu den beschlossenen Festlegungen des Regionalplanes (Satzungsbeschluss 28.Mai 2025) konform.</p>

4.4.2 Alternative Zuwegung zu Mast 3030/003

Vorhaben Zweite Deckblattänderung:

- Nutzung des vorhandenen, ca. 300 m langen Waldweges nördlich von Mast 3030/003 bis zur Straße (Dea-Scholven-Straße) als Zuwegung zu diesem Mast (Anlieferung und Abtransport Material für Arbeitsfläche, Provisorium und Schutzgerüst).

Belang/ Schutz- gebiet	Beschreibung / Auswirkung / Bewertung / Maßnahme
Boden	Betroffen ist die bodenkundliche Kartiereinheit w131 (Kalkhaltiger Auengley-Brauner Auenboden aus Auenlehm), Auenlehm, häufig über

	<p>Auensand, auf Terrassensand und -kies, Vorkommen von Stauwasser bis 1 m Tiefe möglich.</p> <p>Kein Bodenabtrag, keine Wegeverbreiterung, ggf. lastverteilende Maßnahmen für den Weg an sich während Inanspruchnahme.</p> <p>Die in dieser DBÄ beantragte alternative Zuwegung verläuft auf einem vorhandenen Waldweg, welcher für Unterhaltungsmaßnahmen am Mast 3030/003 genutzt wird. Für V19 dient er ebenso dem Zugang zu Mast 3030/003, wo temporär ein Provisorium und zur Überspannung der benachbart liegenden Gleise ein Schutznetz benötigt wird.</p> <p>Bei Umsetzung der in den Antragsunterlagen zu Abschnitt Süd-1 beschriebenen Maßnahmen zum Boden- und Wasserschutz wie bei den angrenzenden Baustellenflächen sind die technisch möglichen Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung hinsichtlich Boden ausgeschöpft.</p> <p>Maßnahmen, die von angrenzenden in Anspruch genommenen Flächen Vorhaben 19 Abschnitt Süd-1 für die neue Flächeninanspruchnahme der ersten Deckblattänderung zu übertragen sind:</p> <p>V_{Bo1}: Bodenkundliche Baubegleitung,</p> <p>V_{Bo2}: Schutz vor Verdichtung (gilt generell, in Maßnahmenplan nur bei Betroffenheit verdichtungsempfindlicher Böden verortet),</p> <p>V_{Bo4}: Wiederherstellung Bauflächen (gilt generell, hier für den näheren Mastbereich 3030/003 (Folgemaßnahme Provisorium) ohne Verortung in Maßnahmenplan),</p> <p>V_{Bo5}: Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Gewässer (entspricht V_{WRRL6}, gilt generell, ohne Verortung in Maßnahmenplan)</p>
Wasser	<p>kein Bodenabtrag, Versickerung Niederschlagswasser direkt oder seitlich angrenzend, keine merkliche Änderung zum aktuellen Zustand (Waldweg), keine Auswirkungen auf Grundwasser, keine Betroffenheit oberirdischer Gewässer.</p> <p>Bei Einhaltung der in den Antragsunterlagen zu Abschnitt Süd-1 beschriebenen Maßnahmen zum Boden- und Wasserschutz sind keine Auswirkungen auf Wasser zu besorgen.</p> <p>Maßnahme, die von angrenzenden in Anspruch genommenen Flächen Vorhaben 19 Abschnitt Süd-1 für die neue Flächeninanspruchnahme der ersten Deckblattänderung zu übertragen sind:</p> <p>V_{WRRL6}: Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Gewässer (entspricht V_{Bo5})</p>
Klima/Luft	Keine Auswirkungen auf Klima/Luft
Land-schafts-bild	Die Nutzung des vorhandenen Waldweges als Zuwegung bedingt keine nachhaltigen, dauerhaften, erheblichen Auswirkungen auf das Landschaftsbild und das Naturerleben, kein Eingriff im Sinne der Eingriffsregelung.

	Nach Beendigung der Baumaßnahme werden sämtliche im Rahmen der Zuwegung und Bauausführung genutzte Flächen von der Vorhabenträgerin bzw. den beauftragten Bauunternehmen in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt.
Biotoptypen/ Flora	Der Waldweg führt durch einen als Laubholz-Bestand (59.16) und Sukzessionswald (58.13) kartierten Waldbestand. Der Waldweg ist breit, unbefestigt und mit vegetationsfreien Fahrspuren. Relevante Beeinträchtigungen oder Eingriffe sind durch die Nutzung als Zuwegung nicht zu erwarten. Keine nachhaltigen, dauerhaften, erheblichen Auswirkungen auf Biotoptypen und Pflanzen.
Fauna	Der Waldweg verläuft durch einen für Fledermäuse bedeutsamen Laubmischwald (siehe unten unter Besonderem Artenschutz). Aufgrund des in 60 bis 100 m Entfernung gelegenen Altwassers hat dieser Wald Bedeutung als Sommer und Winterlebensraum von Amphibien, womit der Weg zu Wanderzeiten zu und vom Laichgewässer gequert wird. Reptilien sind hingegen nur im Straßenbankett (Dea-Scholven-Straße) zu erwarten, aufgrund des hohen Beschattungsgrades nicht auf dem Waldweg. Es werden Maßnahmen zum Schutz von Amphibien und Fledermäusen notwendig (siehe Besonderer Artenschutz). Weitere Betroffenheiten ergeben sich aus der alternativen Zuwegung für das Schutzgut nicht.
Besonderer Artenschutz	Der Waldweg verläuft durch einen für Fledermäuse bedeutsamen Laubmischwald (Quartiernachweise für Brandtfledermaus (<i>Myotis brandtii</i>), Mückenfledermaus (<i>Pipistrellus pygmaeus</i>), Kleinabendsegler (<i>Nyctalus leisleri</i>), Quelle: Kartierung Planfeststellungsverfahren RHDW XXV und XXVII, 2020). Da einerseits keine Gehölze in dem Bereich für die alternative Zuwegung entnommen werden, andererseits Habitateignung und Quartiere auch im weiteren Umfeld nachgewiesen sind, ist von keiner zusätzlichen relevanten Beeinträchtigung für Fledermäuse auszugehen. Zudem ist von einer jeweils nur wenige Tage dauernden Nutzung bei Anlieferung und Abtransport der Materialien für Provisorium und Schutzgerüst auszugehen. Die in diesem Bereich umzusetzende Maßnahme V _{AR} 7 beschränkt die Bautätigkeit und Benutzung des Weges auf die Tageslichtzeit. Aufgrund des in 60 bis 100 m Entfernung gelegenen Altwassers hat dieser Wald Bedeutung als Sommer- und Winterlebensraum für Amphibien. Der Weg selbst ist kein Amphibienhabitat, wird jedoch bei Amphibienwanderung zwischen Laichgewässer und Sommerlebensraum von diesen gequert werden. Reptilien sind hingegen nur im Straßenbankett (Dea-Scholven-Straße) zu erwarten, aufgrund des hohen Beschattungsgrades nicht auf dem Waldweg. Ein vorhabenbedingt signifikantes Tötungsrisiko von Reptilien kann damit an dieser Stelle mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Zum Schutz von Amphibien sind folgende Maßnahmen notwendig: <u>Zeitraum November bis Mitte Januar:</u> Nutzung des Weges zur Zeit der Winterstarre aller vorkommenden Amphibienarten ohne weitere Schutzmaßnahmen <u>Zeitraum Mitte Januar bis Oktober:</u> Für diesen Zeitraum bestehen 2 Alternativen:

1. Die alternative Zuwegung (2.DBÄ) zu Mast 3030/003 darf nur tagsüber außerhalb der Dämmerungszeiten und nicht bei niederschlagsreichen oder trüben Tagen mit hoher Luftfeuchtigkeit befahren werden. Bei dieser Witterung und derartigen Lichtverhältnissen ist zu erwarten, dass Amphibien Schutz in der Krautschicht des Waldes gesucht haben und sich nicht mehr auf dem Weg befinden. Ohne Schutzzaun und Amphibientunnel hat vor der Befahrung im Zeitraum Mitte Januar bis Ende Oktober eine tägliche Freigabe durch die UBB zu erfolgen. Mit einer daraus resultierenden temporären Beschränkung der Befahrbarkeit der Zuwegungen ist zu rechnen. (V_{AR7})

ODER

2. Stellung Schutzzäune beidseits des Weges. Da sich die Zuwegung direkt parallel zum Laichgewässer der Amphibien befindet und die relevanten Arten relativ geringe Wanderleistungen aufweisen, stellen die Schutzzäune ein relevantes Hindernis für diese Tiere dar. Um die Querung des eingezäunten Weges zu ermöglichen, sind entlang der Zuwegung mindestens zwei Amphibiendurchlässe (Kleintierdurchlässe) unterhalb des Weges anzulegen.

Dabei sind die Angaben aus dem „Merkblatt zur Anlage von Querungshilfen für Tiere und zur Vernetzung von Lebensräumen an Straßen, Ausgabe 2022“ und aus dem dazugehörigen Anhang 4 „Ergänzende Erläuterungen zu den einzelnen Abschnitten des MAQ“ von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswegen (FGSV) zu beachten. Die genaue Ausgestaltung, Lage und Anzahl der Durchlässe hängt von den örtlichen Gegebenheiten ab und ist mit der UBB abzustimmen (V_{AR9}).

Die Errichtung der Amphibienschutzmaßnahmen (Zaun, Querungshilfen) kann zu jedem Zeitpunkt im Jahr in Abstimmung mit der UBB erfolgen.

Bei Umsetzung dieser Maßnahmen, verankert in Maßnahmenblatt VAR9 des LBP, ist kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko für Amphibien zu prognostizieren.

Die Maßnahmen zum Amphibienschutz sind unter besonders enger Einbindung der UBB umzusetzen und zu kontrollieren. Für die Arten sind unter Berücksichtigung und Anwendung der nachfolgenden Maßnahmen, die von angrenzenden in Anspruch genommenen Flächen Vorhaben 19 Abschnitt Süd-1 für die alternative Zuwegung zu übertragen sind, artenschutzrechtliche Konflikte mit hinreichender Sicherheit auszuschließen.

V_{AR1} Bauzeitenbeschränkungen für Eingriffe in Gehölze, Hochstaudensäume und Verlandungszonen sowie Ackerflächen (Baufeldfreimachung)

V_{AR7} Tageszeitliche Beschränkung der Bautätigkeiten (an dieser Stelle für alle Arbeiten zwischen Mitte Januar und Ende Oktober)

V_{AR8} Reduzierung Fahrgeschwindigkeit (in der Dämmerung und Nacht, in diesem Bereich aufgrund VAR7 Befahrung in der Dämmerung nur im Winterzeitraum möglich)

V_{AR9} Schutzzäune um Zufahrten, Arbeitsflächen und/oder Baugruben (Schutzzaun um Arbeits- und Provisoriumsfläche). Entlang Zuwegung nur, wenn Befahrung des Weges außerhalb der Winterstarre der Amphibien notwendig und tägliche Freigabe der Befahrung durch UBB

	<p>(s. oben) nicht umsetzbar. Ein beidseitiger Schutzzaun entlang des Weges sowie die Errichtung von Querungshilfen für Amphibien wird dann an dieser Zuwegung notwendig (s. oben).</p> <p>V_{AR}13 Umsetzen und Umsiedeln (sofern im Sinne einer Notbergung notwendig),</p> <p>V_{AR}16 Umweltbaubegleitung (UBB) (aufgrund des Amphibienschutzes ist eine enge Einbindung notwendig).</p>
--	---

Schutzgebiete	Betroffenheit
NSG	Nicht betroffen
LSG	Nicht betroffen
ND	Nicht betroffen
Natura 2000	Nicht betroffen
Gesetzlich geschützte Biotope	Nicht betroffen
Waldbiotope	Nicht betroffen
Wasserschutzgebiete	<p>Keine Wasserschutzgebiete nach WHG und WG BW betroffen</p> <p>Die alternative Zuwegung liegt im Vorranggebiet vorbeugender Hochwasserschutz des Regionalplans Mittlerer Oberrhein (GebNum: HOWA_376_V1).</p> <p>Hier ist vorab festzuhalten, dass im Rahmen der Beteiligung zur Fortschreibung des Regionalplanes die Stellungnahmen der TransnetBW dahingehend beantwortet wurden, dass „der Ausbau von Infrastrukturanlagen in allen Freiraumfestlegungen ausnahmsweise möglich ist.“ Zudem wird im Regionalplan selbst der Trassierungsgrundsatz für Leitungsnetze festgelegt, dass regionale und überregionale Transportleitungen gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden sollen (Plansatz 4.2.2 (1)) und bevorzugt vorhandene Infrastrukturen genutzt werden sollen (Plansatz 2.2.2 (2)). In der Satzungsfassung des 4.Regionalplans Mittlerer Oberrhein werden innerhalb des Abschnittes Süd-1 flächig Vorranggebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz vorgesehen. Anlagen (und deren Bau) sind zulässig, wenn sie die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigen und der Verlust von Rückhalteraum ausgeglichen wird, den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändern, den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigen und hochwasserangepasst ausgeführt werden. Bauliche Anlagen sind in Vorranggebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz ausnahmsweise zulässig, wenn keine alternativen Möglichkeiten bestehen.</p> <p>Es handelt sich um die Nutzung eines vorhandenen Weges, der bisher bereits zur Unterhaltung des Mastes 3030/003 genutzt wird. Bei Einhaltung der in den Antragsunterlagen zu Abschnitt Süd-1 beschriebenen</p>

	<p>Maßnahmen zum Boden- und Wasserschutz sind keine Auswirkungen auf Wasser oder den Hochwasserschutz zu besorgen.</p> <p>Das Vorhaben ist dahingehend zu den beschlossenen Festlegungen des Regionalplanes (Satzungsbeschluss 28.Mai 2025) konform.</p>
--	--

4.5 Korrektur der Flächenangabe des Konfliktes Bo3 im Landschaftspflegerischen Begleitplan, Abschnitt Süd-3

In Reg. 11.1, Tabelle 11 sowie 22 und im Maßnahmenblatt VBo08 werden zwei unterschiedliche Werte von Konflikt Bo3 gelistet. Bo3 erfasst den Konflikt der möglichen Verbreitung von Neophyten durch Bauarbeiten. Der genannte Umfang des Konfliktes Bo3 wird in Tabelle 11 sowie Tabelle 22 des LBP-Textteiles mit 19.885 m² beziffert, die Aufsummierung der im Maßnahmenblatt VBo08 genannten Einzelflächen ergibt 17.177 m².

Die tatsächlich anzunehmende Größe sind die 17.177 m², die sich aus der Aufsummierung der Einzelflächen ergeben.

Die Diskrepanz ist auf eine Fehlattributierung in den GIS-Daten zurückzuführen, die zu einer höheren Flächensumme bei der Gesamtselektion von Konflikt Bo3 betroffenen Eingriffsflächen im GIS führte. Die Fehlattributierung betraf von Schutznetzen überspannte Bereiche, bei denen jedoch kein Eingriff in den Boden erfolgt.

Die in dem Maßnahmenblatt VBo08 der Einreichung der § 21 Unterlagen und der 1.BDÄ aufgezeigten Flächengrößen sind unverändert korrekt.

4.6 Korrektur der Aufstellung der Gesamtbilanz im Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP)

In Kapitel 4.1.2.6 und 6 des LBP, Register 11.1, wird richtigerweise ausgeführt, dass die Ökokontomaßnahme E2 Waldumbaumaßnahmen im Kollekturwald Mannheim umfasst und daher zugleich als forstrechtlicher Ausgleich für die dauerhafte Waldinanspruchnahme dient. Der Verlust an Biotoptypen des Waldes ist bereits in der Eingriffs- Ausgleichs-Bilanzierung des Naturgutes Biotope/Pflanzen enthalten. Der forstliche Ausgleich erfolgt damit „im Huckepack“ (LFU 2005) der naturschutzfachlichen Kompensation.

Die forstliche Herangehensweise ermittelte davon über einen forstgutachterlichen Ansatz den Anteil, den die forstliche Gestaltungsmaßnahme in Anspruch nimmt.

Tabelle 24 des LBP der Antragsunterlagen, die Gesamtbilanz der Eingriffsregelung (Kapitel 6), weist versehentlich diesen forstlichen Bedarf doppelt aus (einmal im Defizit „Tiere und Biotope/Pflanzen“ enthalten und in der untersten Zeile „Kompensationsbedarf forstrechtlicher Ausgleich“). Dies entspricht einer Doppelkompensation des forstlichen Ausgleichsbedarfes.

Dies wird in der 2.DBÄ korrigiert. Die letzte Zeile der Tabelle 24 im LBP wird gestrichen. In folgenden Tabellen wurde dies redundant übernommen und wird im Rahmen der 2.DBÄ im Blaudruck korrigiert:

Register 11.2, Eingriffs-Ausgleichs-Berechnung (EAB), Kapitel 4 Tabelle 7: Streichung ~~für forstrechtlichen Ausgleich~~ in der letzten Zeile, zweite Spalte.

Register 11.3, Maßnahmenblatt E01: Streichung der vorletzten Zeile in der Tabelle unter Umfang der Maßnahme: ~~Kompensationsbedarf forstrechtlicher Ausgleich~~ und ~~Gesamtbilanz~~

Register 11.3, Maßnahmenblatt E02: Streichung der vorletzten Zeile in der Tabelle unter Umfang der Maßnahme: ~~Kompensationsbedarf forstrechtlicher Ausgleich~~ und ~~Gesamtbilanz~~

Da die Ökopunkte der Ökokontomaßnahmen bereits für Vorhaben 19, Planfeststellungsabschnitt Süd-1 erworben sind, hat der Planfeststellungsabschnitt Süd-1 auch abzüglich des zusätzlichen Kompensationsbedarfes durch die Änderungen der 2.DBÄ einen Kompensationsüberschuss.

5 Fachgutachterliche Bewertung der beantragten Änderung hinsichtlich der Belange des europäischen Gebietsschutzes Natura 2000

(zu Register 13 der Antragsunterlagen V19 Süd-1)

Die nachfolgenden Ausführungen ergänzen die entsprechenden Verträglichkeitsstudien der Antragsunterlagen zu Vorhaben 19 Abschnitt Süd-1 der Register 13.3, 13.4., 13.5, 13.6 und 13.7 sowie die Aussagen hinsichtlich Natura 2000 in der 1. DBÄ.

Die Schaffung eines Interims-Parkplatzes im Bürgerpark von Eggenstein-Leopoldshafen erzeugt aufgrund ihrer Lage außerhalb der Schutzgebietskulisse keine Betroffenheit eines Natura 2000 Gebietes.

Der Mast 7100/022A liegt sowohl im FFH-Gebiet *DE 6816-341 Rheinniederung von Karlsruhe bis Philippsburg* als auch im Vogelschutzgebiet *DE 6816-401 Rheinniederung Karlsruhe – Rheinsheim*. Die geringfügige Anpassung der Fundamentkopfgröße des Neubaumastes 7100/022A von 1,8 m auf 2,1 m Durchmesser je Fundamentkopf, in Summe 3,67 m² bedingt keine Beeinträchtigung der Erhaltungs- und Entwicklungsziele der beiden Natura 2000 Gebiete.

Nachfolgend wird in den Kapitel 5.1 bis 5.6 das Thema der Wasserhaltung für die einzelnen Natura 2000 näher betrachtet.

5.1 FFH-Gebiet DE 6716-341 Rheinniederung von Philippsburg bis Mannheim

Innerhalb der Schutzgebietskulisse ist vorhabenbedingt die Zubeseilung der Anlage 7520 vorgesehen. Hierbei sind weder bauliche Eingriffe in Gewässer noch eine Bauwasserhaltung erforderlich. Die Ergänzung benötigter Baustelleneinrichtungsflächen im Rahmen der wasserrechtlichen Anträge (vgl. Kapitel 4.2) sieht hierfür keine Änderungen vor. Durch die mögliche Einleitung von Bauwasser aus der Tagwasserhaltung (Dauer max. 5 Tage) im Rahmen vom Rückbau Mast 5100/088 in den Saalbach, der stromabwärts in das FFH-Gebiet *DE 6716-341 Rheinniederung von Philippsburg bis Mannheim* fließt, ergeben sich keine Betroffenheiten. Insofern sind keine weiteren Betrachtungen zu den in Register 13.3 aufgeführten erforderlich.

5.2 FFH-Gebiet DE 6717-341 Lußhardt zwischen Relingen und Karlsdorf

Innerhalb der Schutzgebietskulisse ist vorhabenbedingt die Zubeseilung der Anlage 7520 vorgesehen. Zudem liegt für Rückbaumast 5100/088 ein Korridor für die Verlegung einer Wasserleitung (Schlauch- oder Rohrleitungsverbindung) auf einer Länge von weniger als 20 m sowie die zugehörige Einleitstelle im Natura 2000-Gebiet. Es wird von einer Tagwasserhaltung ausgegangen, d.h. für eventuell anfallendes Niederschlags-,

Oberflächen-, Sicker-, Stau- und Schichtwasser. Es werden keine Fällungen von Gehölzen mit Habitatpotenzial, insbesondere für das Große Mausohr, erforderlich. Dadurch verändert sich die Bewertung im Vergleich zu der Natura 2000-Vorprüfung für Abschnitt Süd-1 nicht.

Tabelle 1: Lage der temporären Baustelleneinrichtungsflächen für Wasserhaltung in Lebensraumtypen (LRT) und Lebensstätten (LS)

Lebensraumtyp/Lebensstätte	Rohrleitung und Einleitstelle	Versickerungsfläche
LRT 3260	x	-
LS Großes Mausohr (Jagdhabitat)	x	-

Es bestehen Vorgaben für die Sammlung und Aufbereitung in Absetzbecken und entsprechenden Filteranlagen, für die Einleitmenge in die jeweiligen Vorfluter, die sich auf die hydraulische Leistungsfähigkeit bezieht, sowie für die Dauer der Wasserhaltung, die bei Rückbaumasten max. 5 Tage umfasst (vgl. Kap. 4.2 und Register 1, Kap. 6.4).

Aufgrund dieser projektimmanenten Maßnahmen verbleiben, für den Fall, dass es zur Einleitung kommt (Tagwasserhaltung), lediglich mögliche Wirkungen in Form der Aufwirbelung von Sediment und dessen Verfrachtung. Hierbei wird unter Berücksichtigung der hydraulischen Leistungsfähigkeit des Gewässers die normale Dynamik von Gewässer nicht überschritten (vgl. Register 11.3, Maßnahmen V_{WRRL}02, 03, 05 u. 06).

Fazit

Durch die konkretere Ausformung benötigter Baustelleneinrichtungsflächen im Rahmen der wasserrechtlichen Anträge sind lediglich kurzfristige Betroffenheiten ohne nachhaltige Flächenwirkung zu erwarten. Diese sind als unerheblich einzustufen (KERKMANN & FELLEBERG 2021). Beeinträchtigungen von Erhaltungs- bzw. Entwicklungszielen des in Tabelle 2 genannten Lebensraumtyp und des Großen Mausohr sind auch unter Berücksichtigung möglicher kumulativer Auswirkungen sowie funktionaler Beziehungen hinsichtlich weiterer Natura 2000-Gebiete nicht zu prognostizieren.

5.3 FFH-Gebiet DE 6816-341 Rheinniederung von Karlsruhe bis Philippsburg

Die Anpassung der Planung im Rahmen der 2.DBÄ zu dem Planfeststellungsabschnitt Süd-1 führt zu Ausformungen von temporären Baustelleneinrichtungsflächen hinsichtlich Korridoren für die Verlegung von Wasserleitungen (Schlauch- oder Rohrleitungsverbindungen), Einleitstellen und Versickerungsflächen (vgl. Kap. 4.2). Es werden keine Fällungen von Gehölzen mit Habitatpotenzial, insbesondere für Hirschkäfer und Bechsteinfledermaus, erforderlich. Dadurch verändert sich die Bewertung im Vergleich zu der Natura 2000-Verträglichkeitsstudie für Abschnitt Süd-1 nicht.

Tabelle 2: Lage der temporären Baustelleneinrichtungsflächen für Wasserhaltung in Lebensraumtypen (LRT) und Lebensstätten (LS)

Lebensraumtyp/Lebensstätte	Rohrleitung und Einleitstelle	Versickerungsfläche
LRT 3150	x	-
LRT 6510	x (ohne Einleitstelle)	x
LRT *91E0	x	-
LS Helm-Azurjungfer	x	x
LS Rafen, Bitterling, Schlammpeitzger, Steinbeißer	x (nur Einleitstelle)	-
LS Hirschkäfer	x	-
LS Großer Feuerfalter	-	x
LS Bechsteinfledermaus	x	-

Es bestehen Vorgaben für die Sammlung und Aufbereitung in Absetzbecken und entsprechenden Filteranlagen, für die Einleitmenge in die jeweiligen Vorfluter, die sich auf die hydraulische Leistungsfähigkeit bezieht, sowie für die Dauer der Wasserhaltung, die bei Neubaumasten höchstens zwei Monate umfasst (vgl. Kap. 4.2 und Register 1, Kap. 6.4).

Aufgrund dieser projektimmanenten Maßnahmen verbleiben lediglich Wirkungen in Form der Aufwirbelung von Sediment und dessen Verfrachtung. Hierbei wird unter Berücksichtigung der hydraulischen Leistungsfähigkeit des Gewässers die normale Dynamik von Gewässern nicht überschritten (vgl. Register 11.3, Maßnahmen V_{WRRL02}, 03, 05 u. 06).

Fazit

Durch die konkretere Ausformung benötigter Baustelleneinrichtungsflächen im Rahmen der wasserrechtlichen Anträge sind lediglich kurzfristige Betroffenheiten ohne nachhaltige Flächenwirkung zu erwarten. Diese sind als unerheblich einzustufen (KERKMANN & FELLEBERG 2021). Beeinträchtigungen von Erhaltungs- bzw. Entwicklungszielen der in Tabelle 2 genannten Lebensraumtypen und Arten sind auch unter Berücksichtigung möglicher kumulativer Auswirkungen sowie funktionaler Beziehungen hinsichtlich weiterer Natura 2000-Gebiete nicht zu prognostizieren.

5.4 VSG-Gebiet DE 6816-401 Rheinniederung Karlsruhe - Rheinsheim

Die Anpassung der Planung im Rahmen der zweiten Deckblattänderung zu dem PFA Süd-1 führt zu Ausformungen von temporären Baustelleneinrichtungsflächen hinsichtlich Korridoren für die Verlegung von Wasserleitungen (Schlauch- oder Rohrleitungsverbindungen), Einleitstellen und Versickerungsflächen (vgl. Kap. 4.2). Es werden keine Fällungen von Gehölzen mit Habitatpotenzial für höhlenbrütenden Vogelarten erforderlich.

Die oberflächennahe Entnahme von höherem Bewuchs wie etwa Gebüsch oder Landschilfröhricht wird lediglich punktuell notwendig, sodass unter Berücksichtigung von S 2: Bauzeitenbeschränkung für Gehölzrodungen/Baufeldfreimachung keine zusätzlichen Beeinträchtigungen für gehölzbrütende Vogelarten zu erwarten sind. Aufgrund der punktuellen Auflage der Rohrleitung innerhalb des Korridors zur Einleitung in Vorfluter sind keine Beeinträchtigungen im oder am Gewässer brütender Vogelarten zu erwarten. Dadurch verändert sich die Bewertung im Vergleich zu der Natura 2000-Verträglichkeitsstudie für Abschnitt Süd-1 nicht.

Tabelle 3: Lage der temporären Baustelleneinrichtungsflächen für Wasserhaltung in Lebensstätten (LS)

Lebensraumtyp/Lebensstätte	Rohrleitung und Einleitstelle	Versickerungsfläche
Baumfalke (LS umfasst gesamtes VSG)	x	x
Eisvogel	x	-
Grauspecht	x	-
Halsbandschnäpper	x	-
Hohltaube	x	-
Mittelspecht	x	-
Neuntöter	x	-
Rohrweihe	x	-
Rotmilan (LS umfasst gesamtes VSG)	x	x
Schwarzkehlchen	x	-
Schwarzmilan (LS umfasst gesamtes VSG)	x	x
Schwarzspecht	x	-
Wanderfalke (LS umfasst gesamtes VSG)	x	x
Weißstorch (LS umfasst gesamtes VSG)	x	x
Wendehals	x	-
Wespenbussard (LS umfasst gesamtes VSG)	x	x
Wiesenschafstelze	x	-
Zwergtaucher	x	-

Es bestehen Vorgaben für die Sammlung und Aufbereitung in Absetzbecken und entsprechenden Filteranlagen, für die Einleitmenge in die jeweiligen Vorfluter, die sich auf die hydraulische Leistungsfähigkeit bezieht, sowie für die Dauer der Wasserhaltung, die bei Neubaumasten höchstens zwei Monate umfasst (vgl. Kap. 4.2 und Register 1, Kap. 6.4).

Aufgrund dieser projektimmanenten Maßnahmen verbleiben lediglich Wirkungen in Form der Aufwirbelung von Sediment und dessen Verfrachtung. Hierbei wird unter Berücksichtigung der hydraulischen Leistungsfähigkeit des Gewässers die normale Dynamik von Gewässer nicht überschritten (vgl. Register 11.3, Maßnahmen V_{WRRL}02, 03, 05 u. 06).

Die Zuwegung zu Mast 7520/068 verschiebt sich innerhalb des Vogelschutzgebietes *6816-401 Rheinniederung Karlsruhe – Rheinsheim* von einem bestehenden landwirtschaftlich genutzten Weg auf eine Ackerfläche. Die entfallende und die neu betroffenen Flächen sind vergleichbar groß. Es handelt sich um bauzeitliche und dementsprechend temporäre Wirkungen. In Tabelle 4 sind die betreffenden Lebensstätten aufgeführt.

Tabelle 4: Lage der alternativen Zuwegung 7520/068 in Lebensstätten (LS)

Lebensraumtyp/Lebensstätte	Bewertung der Betroffenheit
Baumfalke (LS umfasst gesamtes VSG)	Keine zusätzliche Betroffenheit durch die veränderte Lage der Zuwegung
Neuntöter	Keine zusätzliche Betroffenheit durch die veränderte Lage der Zuwegung
Rohrweihe	Keine zusätzliche Betroffenheit durch die veränderte Lage der Zuwegung
Rotmilan (LS umfasst gesamtes VSG)	Keine zusätzliche Betroffenheit durch die veränderte Lage der Zuwegung
Schwarzkehlchen	Keine zusätzliche Betroffenheit durch die veränderte Lage der Zuwegung
Schwarzmilan (LS umfasst gesamtes VSG)	Keine zusätzliche Betroffenheit durch die veränderte Lage der Zuwegung
Wanderfalke (LS umfasst gesamtes VSG)	Keine zusätzliche Betroffenheit durch die veränderte Lage der Zuwegung
Weißstorch (LS umfasst gesamtes VSG)	Keine zusätzliche Betroffenheit durch die veränderte Lage der Zuwegung
Wendehals	Keine zusätzliche Betroffenheit durch die veränderte Lage der Zuwegung
Wespenbussard (LS umfasst gesamtes VSG)	Keine zusätzliche Betroffenheit durch die veränderte Lage der Zuwegung

Im Umfeld der Zuwegung liegen Brutnachweise des Wendehalses sowie Neuntöter. Durch die Anpassung der Lage der Zuwegung liegt die Zuwegung in weiterer Entfernung von diesen als bisher und weiterhin außerhalb der jeweiligen Fluchtdistanzen. Dementsprechend sind Beeinträchtigungen von Erhaltungs- bzw. Entwicklungszielen der aufgeführten Arten auch unter Berücksichtigung möglicher kumulativer Auswirkungen sowie funktionaler Beziehungen hinsichtlich weiterer Natura 2000-Gebiete nicht zu prognostizieren.

Fazit

Durch die konkretere Ausformung benötigter Baustelleneinrichtungsflächen im Rahmen der wasserrechtlichen Anträge sind lediglich kurzfristige Beeinträchtigungen ohne nachhaltige Flächenwirkung zu erwarten. Diese sind als unerheblich einzustufen (KERKMANN & FELLEBERG 2021). Durch die alternative Zuwegung ergeben sich keine zusätzlichen Betroffenheiten.

Beeinträchtigungen von Erhaltungs- bzw. Entwicklungszielen der in Tabelle 3 und Tabelle 4 genannten Arten sind auch unter Berücksichtigung möglicher kumulativer Auswirkungen sowie funktionaler Beziehungen hinsichtlich weiterer Natura 2000-Gebiete nicht zu prognostizieren.

5.5 FFH-Gebiet DE 7015-341 Rheinniederung zwischen Wintersdorf und Karlsruhe

Die Anpassung der Planung im Rahmen der zweiten Deckblattänderung zu dem PFA Süd-1 führt zu Ausformungen von temporären Baustelleneinrichtungsflächen hinsichtlich Korridoren für die Verlegung von Wasserleitungen (Schlauch- oder Rohrleitungsverbindungen), Einleitstellen und Versickerungsflächen (vgl. Kap. 4.2). Es werden keine Fällungen von Gehölzen mit Habitatpotenzial, insbesondere für Heldbock und Bechsteinfledermaus, erforderlich. Dadurch verändert sich die Bewertung im Vergleich zu der Natura 2000-Verträglichkeitsstudie für Abschnitt Süd-1 nicht.

Tabelle 5: Lage der temporären Baustelleneinrichtungsflächen für Wasserhaltung in Lebensraumtypen (LRT) und Lebensstätten (LS)

Lebensraumtyp/Lebensstätte	Rohrleitung und Einleitstelle	Versickerungsfläche
LRT 3260	x	-
LRT 6210	x (ohne Einleitstelle)	-
LRT *91E0	x (ohne Einleitstelle)	-
LS Kammmolch	x	x
LS Bechsteinfledermaus	x	x
LS Heldbock	x	x

Es bestehen Vorgaben für die Sammlung und Aufbereitung in Absetzbecken und entsprechenden Filteranlagen, für die Einleitmenge in die jeweiligen Vorfluter, die sich auf die hydraulische Leistungsfähigkeit bezieht, sowie für die Dauer der Wasserhaltung, die bei Neubaumasten höchstens zwei Monate umfasst (vgl. Kap. 4.2 und Register 1, Kap. 6.4).

Aufgrund dieser projektimmanenten Maßnahmen verbleiben lediglich Wirkungen in Form der Aufwirbelung bei Einleitung in den Vorfluter von Sediment und dessen Verfrachtung. Hierbei wird unter Berücksichtigung der hydraulischen Leistungsfähigkeit des

Gewässers die normale Dynamik von Gewässer nicht überschritten (vgl. Register 11.3, Maßnahmen V_{WRRL}02, 03, 05 u. 06).

Fazit

Durch die konkretere Ausformung benötigter Baustelleneinrichtungsflächen im Rahmen der wasserrechtlichen Anträge sind lediglich kurzfristige Betroffenheiten ohne nachhaltige Flächenwirkung zu erwarten. Diese sind als unerheblich einzustufen (KERKMANN & FELLEBERG 2021). Beeinträchtigungen von Erhaltungs- bzw. Entwicklungszielen der in Tabelle 5 genannten Lebensraumtypen und Arten sind auch unter Berücksichtigung möglicher kumulativer Auswirkungen sowie funktionaler Beziehungen hinsichtlich weiterer Natura 2000-Gebiete nicht zu prognostizieren.

5.6 VSG-Gebiet DE 7015-441 Rheinniederung Elchesheim – Karlsruhe

Die Anpassung der Planung im Rahmen der zweiten Deckblattänderung zu dem PFA Süd-1 führt zu Ausformungen von temporären Baustelleneinrichtungsflächen hinsichtlich Korridoren für die Verlegung von Wasserleitungen (Schlauch- oder Rohrleitungsverbindungen), Einleitstellen und Versickerungsflächen (vgl. Kap. 4.2). Es werden keine Fällungen von Gehölzen mit Habitatpotenzial für höhlenbrütenden Vogelarten erforderlich. Die oberflächennahe Entnahme von höherem Bewuchs wie etwa Gebüsch oder Landschaftsfröhricht wird lediglich punktuell notwendig, sodass unter Berücksichtigung von S 2: Bauzeitenbeschränkung für Gehölzrodungen/Baufeldfreimachung keine zusätzlichen Beeinträchtigungen für gehölzbrütende Vogelarten zu erwarten sind. Aufgrund der punktuellen Auflage der Rohrleitung innerhalb des Korridors zur Einleitung in Vorfluter sind keine Beeinträchtigungen im oder am Gewässer brütender Vogelarten zu erwarten. Dadurch verändert sich die Bewertung im Vergleich zu der Natura 2000-Verträglichkeitsstudie für Abschnitt Süd-1 nicht.

Tabelle 6: Lage der temporären Baustelleneinrichtungsflächen für Wasserhaltung in Lebensstätten (LS)

Lebensraumtyp/Lebensstätte	Rohrleitung und Einleitstelle	Versickerungsfläche
Baumfalke (LS umfasst gesamtes VSG)	x	x
Blaukehlchen	x	x
Eisvogel	x	-
Hohltaube	x	-
Krickente	x	-
Mittelspecht	x	-
Wendehals	x	x
Schwarzspecht	x	-
Zwergdommel	x	-

Zwergtaucher	x	-
Rohrweihe	x	x
Wasserralle	x	x
Wespenbussard (LS umfasst gesamtes VSG)	x	x
Schwarzmilan (LS umfasst gesamtes VSG)	x	x
Neuntöter	x	x
Weißstorch	x	x
Grauspecht	x	-

Es bestehen Vorgaben für die Sammlung und Aufbereitung in Absetzbecken und entsprechenden Filteranlagen, für die Einleitmenge in die jeweiligen Vorfluter, die sich auf die hydraulische Leistungsfähigkeit bezieht, sowie für die Dauer der Wasserhaltung, die bei Neubaumasten höchstens zwei Monate umfasst (vgl. Kap. 4.2 und Register 1, Kap. 6.4).

Aufgrund dieser projektimmanenten Maßnahmen verbleiben lediglich Wirkungen in Form der Aufwirbelung von Sediment und dessen Verfrachtung. Hierbei wird unter Berücksichtigung der hydraulischen Leistungsfähigkeit des Gewässers die normale Dynamik von Gewässer nicht überschritten (vgl. Register 11.3, Maßnahmen V_{WRRL}02, 03, 05 u. 06).

Fazit

Durch die konkretere Ausformung benötigter Baustelleneinrichtungsflächen im Rahmen der wasserrechtlichen Anträge sind lediglich kurzfristige Betroffenheiten ohne nachhaltige Flächenwirkung zu erwarten. Diese sind als unerheblich einzustufen (KERKMANN & FELLEBERG 2021). Beeinträchtigungen von Erhaltungs- bzw. Entwicklungszielen der in Tabelle 6 genannten Arten sind auch unter Berücksichtigung möglicher kumulativer Auswirkungen sowie funktionaler Beziehungen hinsichtlich weiterer Natura 2000-Gebiete nicht zu prognostizieren.

6 Ergänzung zu Anträgen nach Naturschutz- und Wasserrecht

(zu Register 18.1 der Antragsunterlagen V19 Süd-1)

6.1 Im Naturschutzgebiet Altrhein Kleiner Bodensee (2.081)

Das Naturschutzgebiet Altrhein Kleiner Bodensee (2.081) umfasst eine Fläche von ca. 217 ha. Es wurde gemäß der Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 13. Juni 1985 (NSG-VO Altrhein Kleiner Bodensee) festgesetzt

6.1.1 Veränderung des Vorhabens im Rahmen der Zweiten Deckblattänderung innerhalb des NSG Altrhein Kleiner Bodensee

Im Rahmen der Ausführungsplanung ergab sich für den Mast 7100/022A aus statischen Gründen eine Vergrößerung der Fundamentkopfmaße gegenüber den für die Planfeststellung berücksichtigten Maßen. Hieraus ergibt sich rechnerisch eine zusätzliche dauerhafte Flächeninanspruchnahme von 3,67 m². Die Fundamentkopfvergrößerung ist in den Arbeitsflächenplänen (Anlage 1) und Rechtserwerbsplänen (Anlage 2) aufgrund ihrer geringen Flächenänderung nicht darstellbar. (vgl. Kapitel 2.3 Erläuterungsbericht zur 2.DBÄ).

Diese Veränderung wird in der EAB angepasst. Der Maststandort 7100/022A liegt im Biotoptyp Land-Schilfröhricht (34.52), einem nach § 30 Abs. 2 Nr. 2 BNatSchG geschützten Biotop (Biotopnummer 269162155724 Röhricht am Kleinen Bodensee).

Aufgrund der Lage auf einem flächenmäßig engen Landbereich zwischen dem Altrhein und dem Kiessee Kleiner Bodensee und der umgebenden Bewaldung ist ein Ausgleich vor Ort nicht möglich. Eine Ausnahme nach § 30 Abs. 3 BNatSchG ist nicht möglich.

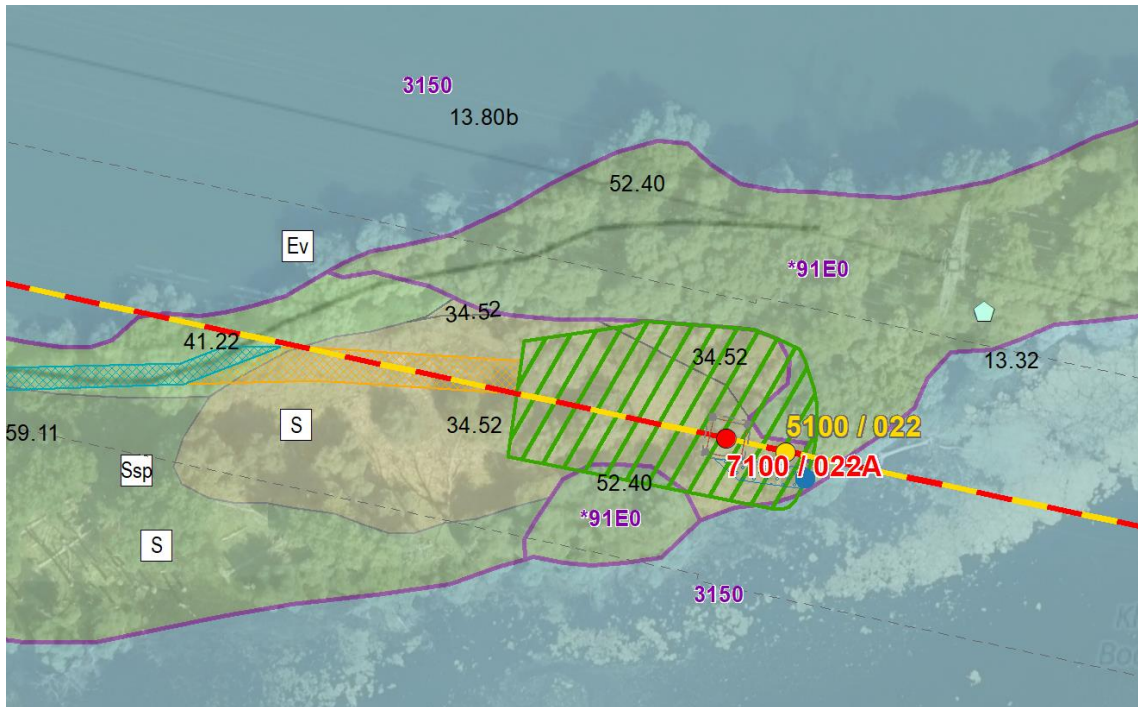


Abbildung 1: Lage Mast 022A der Anlage 7100 mit umliegenden kartierten Biotoptypen.

6.1.2 Öffentliches Interesse, Notwendigkeit und Alternativlosigkeit

Gemäß § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) i.V.m. Nr. 19 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG ist das Vorhaben Teil des Bundesbedarfsplans gemäß § 12e Energiewirtschaftsgesetz (EnWG). Für die Vorhaben des Bundesbedarfsplans wird die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs festgestellt (§ 1 Abs. 1 Satz 1 BBPlG). Außerdem ist die Realisierung des Vorhabens aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit erforderlich (§ 1 Abs. 1 Satz 2 BBPlG, § 1 Abs. 2 Satz 1 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG)).

Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende ist geplant, die Übertragungskapazität in der durch hohe Lasten geprägten Region zwischen Frankfurt und Karlsruhe von 220 kV auf 380 kV (Wechselstrom) zu erhöhen. Die Netzverstärkung ist erforderlich, um die Versorgungssicherheit der Bürger und Unternehmen in Süd- und Westdeutschland auch in Zukunft zu erhalten. Demnach werden mit der vorgesehenen Netzverstärkung und der Erneuerung der Versorgungsinfrastruktur der 380-kV-Netzverstärkung Weinheim - Karlsruhe Überlastungen vermieden, die aus den zu erwartenden Leistungsflüssen im Zuge der Energiewende in Süddeutschland resultieren, und die Nord-Süd-Achse deutlich gestärkt. Somit trägt dieses Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien und zur Stabilitätssicherung des Übertragungsnetzes sowie der Versorgungssicherheit in der Region Frankfurt - Karlsruhe bei.

Die Errichtung des Mastes 7100/022A im Bereich von geschützten Biotopflächen ist alternativlos. Auch bei Verschiebung um einige Meter wären weiterhin dieser Röhrichtgürtel oder der in etwas Abstand angrenzende ebenfalls nach § 30 Abs. 2 BNatSchG geschützte Auwald (52.40) betroffen.

6.1.3 Antrag

Es wird für ca. 4 m² der nach § 30 Abs. 2 Nr. 2 BNatSchG geschützten Röhrichtfläche (Biotopnummer 269162155724 Röhricht am Kleinen Bodensee) gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG in Verbindung mit § 54 Abs. 2 und 3 NatSchG BW eine Befreiung von den Schutzvorschriften beantragt.

6.2 Landschaftsschutzgebiet *Saalbachniederung* (2.15.048)

Das Landschaftsschutzgebiet (LSG) wurde am 21.06.1989 von der unteren Naturschutzbehörde (LRA Karlsruhe) mit Zustimmung des RP Karlsruhe verordnet. Es umfasst eine Fläche von 1.465 ha.

Landschaftsschutzgebiete (LSG) sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, die gemäß § 26 Abs. 1 BNatSchG eines besonderen Schutzes von Natur und Landschaft

1. zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten,
2. wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit oder der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft oder
3. wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung

bedürfen. In solchen Landschaftsschutzgebieten sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen (§ 26 Abs. 2 BNatSchG).

Die Betroffenheit des LSG Saalbachniederung ist in den Antragsunterlagen Vorhaben 19, Planfeststellungsabschnitt Süd-1, Register 18.1 nicht enthalten und wird hiermit ergänzt.

Kurzbeschreibung des Vorhabens innerhalb des Landschaftsschutzgebietes

Innerhalb der Schutzgebietskulisse liegt Mast 5100/088, der im Rahmen des Gesamtrückbaues der Anlage 5100 in diesem Bereich zurückgebaut wird. Für den Rückbau sind Arbeitsflächen sowie ein Schutzgerüst erforderlich. Eine Zuwegung muss nicht neu angelegt werden, es kann ein vorhandener Weg genutzt werden, welcher außerhalb des LSG liegt. In Abbildung 2 sind die bauzeitlich notwendigen Flächen dargestellt.

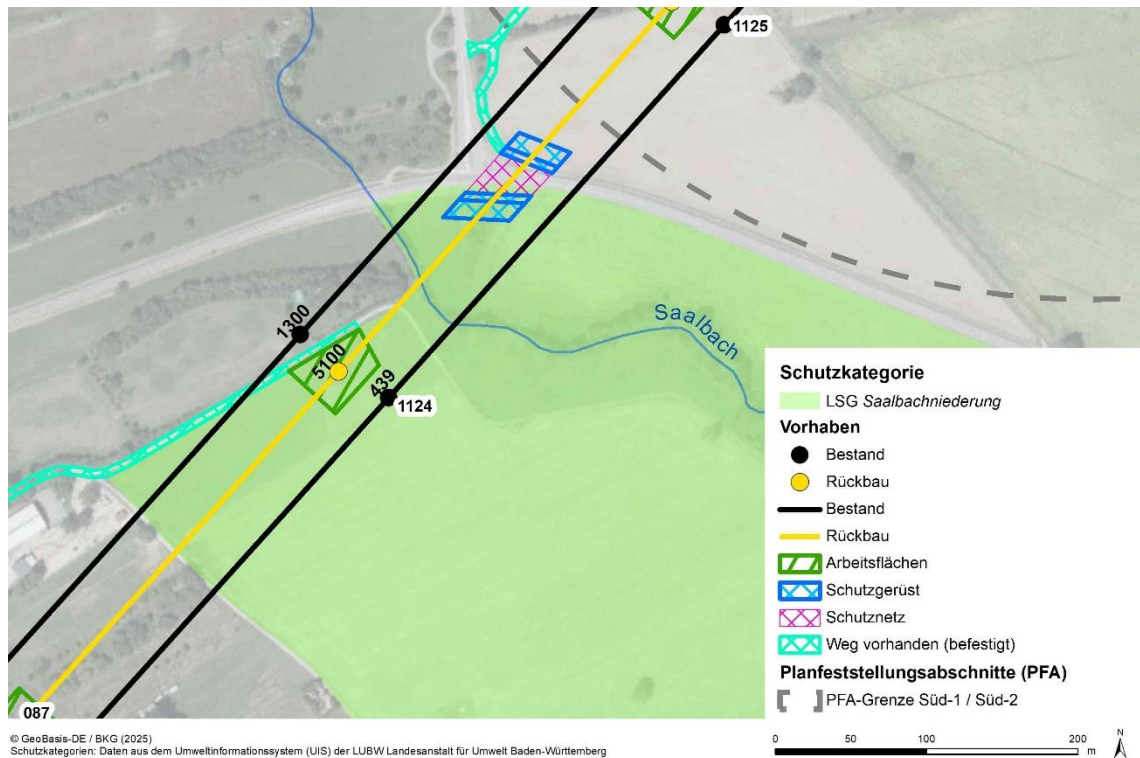


Abbildung 2: Eingriffsbereich im Bereich des Landschaftsschutzgebietes *Saalbachniederung*

Schutzzweck, Verbote, Erlaubnisvorbehalte

Der Schutzzweck gemäß § 3 der Schutzgebietsverordnung ist:

1. die Erhaltung der Saalbachniederung mit ihrer Biotopvielfalt und wegen ihrer Bedeutung für den Naturhaushalt - insbesondere auch im Hinblick auf die klimatische Ausgleichsfunktion als typische Ausprägung einer Flussaue auf der Hardtplatte zwischen Bruchsal und Philippsburg;
2. das Freihalten der offenen Wiesenlandschaft und Feldflur und Sicherung der angrenzenden Waldbereiche als wertvolle Erholungsfläche im Einzugsbereich des Mittelzentrums Bruchsal;
3. der Schutz und die Pflege des reizvollen Landschaftsbildes, das insbesondere durch den Bachverlauf, die ihn begleitenden Wiesen und den abwechslungsreichen Waldtrauf bestimmt wird.

Zugleich ist anzustreben, dass die Wiesen soweit als möglich wiederhergestellt werden.

In dem Landschaftsschutzgebiet sind gemäß § 4 der Schutzgebietsverordnung alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn dadurch

1. der Naturhaushalt geschädigt;
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört;
3. eine geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert;

4. das Landschaftsbild nachteilig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt oder
5. der Naturgenuss oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird.

Handlungen, die den Charakter des Landschaftsschutzgebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen können, stehen unter Erlaubnisvorbehalt, d.h. sie bedürfen gemäß § 5 der Schutzgebietsverordnung der Erlaubnis. Dazu zählen insbesondere gemäß § 5 Abs. 2 der Schutzgebietsverordnung folgende durch das Vorhaben ausgelöste Handlungen:

2. Errichtung von Einfriedigungen;
3. Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art;
4. Abbau, Entnahme oder Einbringen von Steinen, Kies, Sand, Lehm oder anderen Bodenbestandteilen oder die Veränderung der Bodengestalt auf andere Weise;
5. Lagern von Gegenständen, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstücks erforderlich sind;
10. Aufstellen von Wohnwagen oder Verkaufsständen außerhalb der zugelassenen Plätze und das mehrtägige Zelten oder Abstellen von Kraftfahrzeugen;
12. Anlage, Beseitigung oder Änderung von fließenden oder stehenden Gewässern;
15. Neuaufforstungen, Umwandlungen von Wald, Anlage von Kleingärten oder die wesentliche Änderung der Bodennutzung auf andere Weise;

Die Erlaubnis ist nach § 5 Abs. 3 Schutzgebietsverordnung zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 4 der Schutzgebietsverordnung genannten Art nicht zur Folge hat oder solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können. Sie kann mit Auflagen, Bedingungen, befristet oder widerruflich erteilt werden, wenn dadurch erreicht werden kann, dass die Wirkungen der Handlungen dem Schutzzweck nur unwesentlich zuwiderlaufen.

Darstellung des naturschutzrechtlichen Konflikts

Verbote:

Durch das Vorhaben wird der Naturhaushalt nicht dauerhaft geschädigt, die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter wird nicht nachhaltig gestört, das Landschaftsbild wird nicht nachteilig geändert oder die Eigenart beeinträchtigt, der Naturgenuss wird nicht dauerhaft beeinträchtigt. Bauzeitlich kommt es zu Einschränkungen im Naturgenuss durch visuelle Präsenz von Baufahrzeugen, Arbeitsflächen und ggf. Baulärm. Dauerhaft entfällt ein Maststandort aus der Schutzgebietskulisse und die Anlage 5100 überspannt das LSG nicht mehr.

Erlaubnisvorbehalte:

Durch das Vorhaben der Netzverstärkung werden Handlungen notwendig, die dem Erlaubnisvorbehalt unterliegen:

Tabelle 7: Darlegung zu den Handlungen, die dem Erlaubnisvorbehalt im LSG *Saalbachniederung* gemäß § 5 Abs. 2 SchutzVO unterliegen

Der Erlaubnis bedürfen insbesondere ...	Erfüllung durch das Vorhaben
2. Errichten von Einfriedigungen;	Notwendigkeit von temporären Bauzäunen.
3. Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art;	Dauerhaft Rückbau von Mast 5100/088 sowie Freileitungen der Anlage 5100. Ggf. temporäres oberirdisches Verlegen einer Rohr-/Schlauchleitung zur Ableitung von Wasser aus der Baugrube beim Rückbau des Mastfundaments 5100/088. In den Saalbach oder Versickerung angrenzend. Dauer der Wasserhaltungsmaßnahme bei Rückbau max. 5 Tage und nur für den Fall, dass Wasser sich in der Baugrube sammelt (Tagwasserhaltung).
4. Abbau, Entnahme oder Einbringen von Steinen, Kies, Sand, Lehm oder anderen Bodenbestandteilen oder die Veränderung der Bodengestalt auf andere Weise;	Im Zuge der Bautätigkeit ist eine zeitweise Veränderung der Bodengestalt auf andere Weise (Nutzung als Baustelle für den Rückbau) erforderlich. Es erfolgt ein Rückbau des Mastfundamentes 5100/088 bis in 1,5 m Tiefe und fachgerechte Wiederverfüllung, bodenkundliche Re-kultivierung (Maßnahmen LBP VBo06, 07) und Wiederherstellung Vegetation wie angrenzende Fettweide (33.52)
5. Lagern von Gegenständen, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstücks erforderlich sind;	Im Zuge der Bautätigkeit für den Rückbau kommt es ggf. zur Lagerung von Baumaterial. Bei Nutzung landwirtschaftlichen Nutzfläche (hier: Fettweide mittlerer Standorte) werden lastverteilende Maßnahmen notwendig. Die Lagerung von Bodenaushub wird temporär notwendig.
10. Aufstellen von Wohnwagen oder Verkaufsständen außerhalb der zugelassenen Plätze und das mehrtägige Zelten oder Abstellen von Kraftfahrzeugen;	Im Zuge der Bautätigkeit kommt es zum Abstellen von Baumaschinen und Baufahrzeugen.
12. Anlage, Beseitigung oder Änderung von fließenden oder stehenden Gewässern;	Einleitung von Bauwasser in den Saalbach (Einleitmenge darf 50% des mittleren Abflusses (MQ) des Gewässers nicht überschreiten; Dauer der Wasserhaltungsmaßnahme bei Rückbau max. 5 Tage)
15. Neuaufforstungen, Umwandlungen von Wald, Anlage von Kleingärten oder die wesentliche Änderung der Bodennutzung auf andere Weise;	Bauzeitlich werden Nutzungen im Grünland (1.625 m ²) nicht möglich sein. Baustellenflächen werden nach Beendigung der Baustelle in den Ausgangszustand zurückversetzt. Eingriffe in den Boden sind bei Rückbau auf das Entfernen der Fundamente bis zu einer Tiefe von mind. 1,5 m ausgerichtet. Dauerhaft kann der Rückbaustandort wieder als landwirtschaftliche Fläche genutzt werden, die Fundamentflächen können nach Beendigung Baustelle zusätzlich landwirtschaftlich genutzt werden.

Für Baustelleneinrichtungsflächen wird im vorliegenden Fall mit Lastverteilung gearbeitet. Auf den Arbeitsflächen können während der Bauzeit auch Baumaterial, ggf. Bodenaushub, Baugerätschaften lagern. Die Flächennutzung entspricht für den Zeitraum

der Bautätigkeit auf den Arbeitsflächen und Schutzgerüsten nicht der bestehenden, geschützten bzw. landwirtschaftlichen Nutzung. Ggf. wird es aus Sicherheitsgründen bauzeitliche Einzäunungen geben müssen. An max. fünf Tagen sind ggf. Wasserhaltungsmaßnahmen erforderlich. Bei den Maßnahmen zur Bauwasserhaltung sind hydraulische Belastungen sowie Einleitung von belastetem Bauwasser zu unterlassen (V_{WRRL3} u. 5) und Schutz vor Eintrag von Schadstoffen ins Gewässer zu gewährleisten (V_{WRRL6}). Hierfür sind die genannten Vermeidungsmaßnahmen vorgesehen. Nach Beendigung der Baumaßnahme werden sämtliche im Rahmen der Zuwegung und Bauausführung genutzte Flächen von der Vorhabenträgerin bzw. den beauftragten Bauunternehmen in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt.

Bauzeitlich wird in Summe der Naturgenuss im Bereich von Mast 5100/088 kurzzeitig während des Rückbaus durch den Baulärm eingeschränkt. Während des Rückbaus sind Vorgaben zum Bodenschutz einzuhalten (V_{Bo2}) und es erfolgt eine bodenkundliche Baubegleitung (V_{Bo1}). Anschließend erfolgt ein sachgerechter rückstandsloser Rückbau und Wiederherstellen eines funktionserfüllenden Bodengefüges (V_{Bo4}). Hieraus steht keine wesentliche Beeinträchtigung von Naturgenuss oder Landschaftsbild. Da die Leitungstrasse im Randbereich des Schutzgebietes verläuft, wird der Naturgenuss auch nur in diesem Randbereich bauzeitlich eingeschränkt sein.

Es entfällt dauerhaft die Anlage 5100 und überspannt das LSG nicht mehr. Nach Beendigung der Baustelle wird das Landschaftsbild und der Naturgenuss wiederhergestellt sein bzw. verbessert, da eine Freileitungsanlage weniger am westlichen Rand des LSG verläuft und das Fundament des Mastes 5100/088 rückgebaut und diese Fläche in die angrenzende landwirtschaftliche Nutzung integriert wird.

Folgende Maßnahmen des LBP vermeiden und vermindern Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft:

- Bodenkundliche Baubegleitung, Dokumentation und Meldepflichten gemäß DIN 19639, Schutz vor Verdichtung, Vorgaben zum Bodenschutz bei Mastrückbau (V_{Bo1} bis 2, V_{Bo6})
- Wiederherstellung (bodenkundliche) der Bauflächen (V_{Bo4})
- Schutz vor Eintrag von Schadstoffen in Boden oder Gewässer (V_{Bo5} , V_{WRRL6})
- Vermeidung hydraulischer Belastungen (V_{WRRL3})
- Vermeidung der Einleitung von belastetem Bauwasser (V_{WRRL5})

Eine Beschreibung der Maßnahmen ist in Register 11.3 (Maßnahmenblätter).

Die betroffenen Erlaubnisvorbehalte nach Tabelle 7 müssen nur bauzeitlich beantragt werden (Einzäunung Baustellen, Lagern von Gegenständen, ggf. Ertüchtigung vorhandener Wege, Abstellen von Baufahrzeugen, Änderung der Bodennutzung für Arbeitsflächen und Schutzgerüste, Wasserhaltung) und werden nach Beendigung der Bautätigkeit rückgeführt. Diese Handlungen verändern den Charakter des Gebietes aufgrund ihrer

Kleinräumigkeit und zeitlich engen Begrenzung nicht und sind nicht geeignet, die Schutzzwecke zu beeinträchtigen.

Antrag

Es werden Handlungen notwendig, die dem Erlaubnisvorbehalt nach § 5 Abs. 2 Schutzgebietsverordnung unterliegen. Diese Handlungen verändern den Charakter des Gebietes nicht und lassen nicht erkennen, dass sie dem Schutzzweck entgegenlaufen. Daher wird für das LSG gemäß § 5 Satz 3 der Schutzgebietsverordnung zur Umsetzung des Vorhabens die Erlaubnis beantragt für

- bauzeitliches Errichten von Bauzäunen;
- Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art;
- Bauzeitliche Veränderung der Bodengestalt
- Lagern von Gegenständen, Arbeitsmaterialien, Baumaschinen
- Bauzeitliches Abstellen von Kraftfahrzeugen;
- Bauzeitliche Änderung der Bodennutzung;
- Anlage, Beseitigung oder Änderung von fließenden oder stehenden Gewässern;
- die wesentliche Änderung der Bodennutzung auf andere Weise;

Insgesamt wird festgestellt, dass das Vorhaben nach fachgutachterlicher Einschätzung nicht im Widerspruch zur Schutzgebietsverordnung des LSG *Saalbachniederung* steht.

6.3 Korrektur gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG bzw. § 33 NatSchG BW

Aufgrund von Hinweisen aus der Austauschabelle der BNetzA zu AbschnittSüd-1 wird Tabelle 5 aus Register 18.1 mit den geschützten Biotopen aktualisiert dargestellt (s. Tabelle 8). Nicht mehr enthalten sind diejenigen Biotope, bei denen keine erhebliche Beeinträchtigung zu erwarten ist. Dies betrifft Wald- oder Gehölzflächen mit Aufwuchsbeschränkungen durch den Schutzstreifen bei denen ein Rückschnitt einer Pflegemaßnahme gleichgestellt ist.

Antrag

Durch die neuen Fundamentköpfe entsteht kleinflächig ein Verlust geschützter Biotope von insgesamt 71,5 m² entlang des gesamten Streckenverlaufes des Planfeststellungsabschnittes Süd-1. In Tabelle 8 sind sie als kursive Zeileneinträge gekennzeichnet. Da nicht absehbar ist, in welchem Umfang durch die Entsiegelung durch Rückbau benachbarter Masten¹ diese Biotope an anderer Stelle wieder im gleichen Umfang entstehen, wird für diese 75,5 m² geschützten Biotope, gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG

¹ z.B. Ersatzneubaumasten Anlage 7100 liegen in enger räumlicher Nähe zu Rückbaumasten Anlage 5100. Gleiche standörtliche Gegebenheiten lassen eine Entwicklung geschützter Biotope erwarten. Bei Rückbaumasten sind teils die genauen Fundamentmaße nicht bekannt.

in Verbindung mit § 54 Abs. 2 und 3 NatSchG BW eine Befreiung von den Schutzvorschriften beantragt.

Für alle anderen temporär betroffenen und wiederherzustellenden Biotope (insg. ca. 42.960 m²) bleibt der Antrag auf Ausnahme nach § 30 Abs. 3 BNatSchG, wie in Register 18.1 formuliert, weiter bestehen.

Tabelle 8: Ausnahmen und Befreiungen für gesetzlich geschützte Biotop im Eingriffsbereich

Anlage	Maste	FBK	Bio- toptyp- Nr.	Biotop Bezeich.	Betroffenheit	Bezeich- nung Konflikt	Bezeich- nung Maß- nahme	Maßnahme	Be- troffene Fläche
					Vgl. Register 11.1				
3030 / 7520	002 (002A)- 004 / 1082	203_048	41.10	Feldgehölz	Dauerhafte Flä- cheninanspruch- nahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	2,66
		203_048	41.10	Feldgehölz	Dauerhafte Flä- cheninanspruch- nahme durch Mastgeviert	B2	V 04	Entwicklung Feldgehölz im Mastgeviert	34,84
		203_039	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inan- spruchnahme	B2	V 01	Wiederherstel- lung Vegetation	301,36
		203_048	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inan- spruchnahme	B2	V 01	Wiederherstel- lung Vegetation	1.149,93
		203_046	34.68	Kammseggen- Ried	Temporäre Inan- spruchnahme	B2	V 01	Wiederherstel- lung Vegetation	110,55
5100	081-083	133_046	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inan- spruchnahme	B2	V 01	Wiederherstel- lung Vegetation	23,68
		138_033	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inan- spruchnahme	B2	V 01	Wiederherstel- lung Vegetation	49,62
		133_030	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inan- spruchnahme	B2	V 01	Wiederherstel- lung Vegetation	1171,01
	084-2001	134_006	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inan- spruchnahme	B2	V 01	Wiederherstel- lung Vegetation	21,97
		133_018	34.52 / 34.62	Land-Schilfröhricht / Sumpfseggen- Ried	Temporäre Inan- spruchnahme	B2	V 01	Wiederherstel- lung Vegetation	124,09
		133_019	42.31	Grauweiden oder Ohrweiden- Feuchtgebüsch	Temporäre Inan- spruchnahme	B2	V 01	Wiederherstel- lung Vegetation	528,50
		133_024	41.22 / 34.51	Feldhecke mittlerer Standorte / Ufer- Schilfröhricht	Temporäre Inan- spruchnahme	B2	V 01	Wiederherstel- lung Vegetation	548,36

5100 / 7100	086	134_031	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	116,38
		135_002	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	179,31
	087-088	129_004	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	28,74
		129_006	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	68,54
	015-016 / 015A-016A	201_025	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	49,08
	021-022 / 021A-022A	189_006	34.52	Land-Schilfröhricht	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	14,16
		189_025	41.10	Feldgehölz	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	19,12
		189_006	34.52	Land-Schilfröhricht	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Mastgeviert	B2	V 04	Entwicklung Land-Schilfröhricht im Mastgeviert	96,72
		189_025	41.10	Feldgehölz	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Mastgeviert	B2	V 04	Entwicklung Feldgehölz im Mastgeviert	100,74
		189_007	52.40	Silberweiden-Auwald	Temporär Beeinträchtigung von Wald durch Baumaßnahme	B3	V 02	Forstliche Rekultivierung	303,67
		195_008	34.56	Rohrglanzgras-Röhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	6,29
		195_016	34.56	Rohrglanzgras-Röhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	9,02
		189_025	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	181,07

7520		189_024	34.52 / 34.56	Land-Schilfröhricht / Rohrglanzgras-Röhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	792,37
		189_028	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	693,77
		189_008	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	454,51
		189_047	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	469,26
		189_006	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	2.363,01
		189_010	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	831,04
		189_009	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.333,66
	1004-014 / 1004A-014A	201_025	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	0,71
		201_025	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	265,93
		201_039	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	273,77
	002A-003	112_025	52.50	Stieleichen-Ulmen-Auwald	Temporär Beeinträchtigung von Wald durch Baumaßnahme	B3	V 02	Forstliche Rekultivierung	119,29
		113_005	52.50	Stieleichen-Ulmen-Auwald	Temporär Beeinträchtigung von Wald durch Baumaßnahme	B3	V 02	Forstliche Rekultivierung	297,87
		112_023	35.41	Hochstaudenflur quelliger, sumpfiger oder mooriger Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	461,01
	009-012	136_006	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	29,76

	013-015	140_064	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	188,83
		142_039	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	127,93
		139_008	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	246,14
		142_037	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	480,85
	1086-088	209_012	56.12	Hainbuchen-Stielreichen-Wald	Temporär Beeinträchtigung von Wald durch Baumaßnahme	B3	V 02	Forstliche Rekultivierung	475,35
		210_052	56.12	Hainbuchen-Stielreichen-Wald	Temporär Beeinträchtigung von Wald durch Baumaßnahme	B3	V 02	Forstliche Rekultivierung	694,97
		210_002	33.21	Nasswiese basenreicher Standorte der montanen Lage	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	22,75
7520 / 1060 / 3030 / 5100 / 7100	1081 / 044 / 001 / 012-1003 / 012A-013A	203_110	34.52	Land-Schilfröhricht	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	16,84
		203_110	34.52	Land-Schilfröhricht	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Mastgeviert	B2	V 04	Entwicklung Land-Schilfröhricht im Mastgeviert	114,67
		204_084	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	19,35
		203_110	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.309,75
		203_116	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.555,37
7520 / 3030 /	1083 / 005 / 011 / 011A	203_027	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	18,82

5100 / 7100		203_024	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	47,08
		203_025	42.31	Grauweiden oder Ohrweiden-Feuchtgebüsch	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	90,53
		204_102	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	932,81
7520 / 5100	(050) 050A / 042	172_040	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	224,36
	016-018 / 074-076	142_051	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	140,58
		144_041	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.099,72
	019-021 / 071-073	146_050	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	166,35
	022-023 / 069-070	148_100	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	92,88
	024-025 / 067-068	148_033	34.56 / 34.51	Rohrglanzgras-Röhricht / Ufer-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	383,91
	031-032 / 060-061	155_009	52.21	Traubenkirschen-Erlen-Eschen-Wald	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Forstliche Rekultivierung	20,22
		156_030	34.51	Ufer-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	30,99
		156_010	34.51	Ufer-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	39,37
	035-036 / 056-057	159_003	34.51	Ufer-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	26,17
	037-038 / 054-055	161_066	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	98,40
	039-040 / 052-053	164_019	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	217,11
		164_018	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	542,08
		164_014	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.073,82

	043-045 / 047-049	165_016	36.44	Sandmagerrasen	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	1.145,08
	051-052 / 041	172_027	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	125,20
	057-060 / 033-035	179_048	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	35,45
		179_051	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	515,25
		179_092	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	828,85
	063-064 / 029-030	183_055	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	526,85
		182_046	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	127,14
		183_057	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	704,75
	092-093 / 1001-Y (-Portal)	216_011	34.51	Ufer-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	12,86
		216_016	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	33,41
7520 / 5100 / 1060	053-054 / 039-040 / (029) 029A	175_003	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	44,15
		176_024	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.640,55
	055A-057A / 036-038B / 030A (inkl. Erdkabel)	179_020	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	6,81
		179_019	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	72,20
		179_013	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	89,88

		179_020	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	415,44
		179_029	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	31,59
		180_032	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	35,49
		175_012	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	279,04
		179_001	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	57,26
		179_053	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	65,86
		180_030	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	75,07
		175_010	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	75,21
		180_019	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	278,34
		176_030	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	2.321,62
7520 / 5100 / 7100	090-091 / 1002-004 / 004A	213_021	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	19,07
		213_023	36.50	Magerrasen basenreicher Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 04	Wiederherstellung Magerrasen, Sandmagerrasen	208,43
	1084 / 009-010 / 009A-010A	206_133	52.21	Traubenkirschen-Erlen-Eschen-Wald	Temporär Beeinträchtigung von Wald durch Baumaßnahme	B3	V 02	Forstliche Rekultivierung	593,28
		206_142	42.31	Grauweiden oder Ohrweiden-Feuchtgebüsch	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	38,37

1085 / 007-008 / 007A-008A	206_155	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	61,90
	206_146	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	133,63
	206_075	41.10	Feldgehölz	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	260,26
	206_091	34.68	Kammseggen-Ried	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentköpfe	B7		Kleinflächiger Verlust durch Neuversiegelung	15,20
	206_091	34.68	Kammseggen-Ried	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Mastgeviert	B2	V 04	Entwicklung Kammseggen-Ried im Mastgeviert	105,02
	207_050	34.62	Sumpfschilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	241,79
	207_048	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	133,47
	209_006	41.22	Feldhecke mittlerer Standorte	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	313,26
	206_089	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	334,29
	206_090	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	504,87
	206_091	34.68	Kammseggen-Ried	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.510,72
	206_094	33.21	Nasswiese basenreicher Standorte der montanen Lage	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	1.705,90
	206_146	34.52	Land-Schilfröhricht	Temporäre Inanspruchnahme	B2	V 01	Wiederherstellung Vegetation	3.186,16

6.4 Baumschutzsatzung Stadt Karlsruhe

Die Baumschutzsatzung ist in den Antragsunterlagen Vorhaben 19, Planfeststellungsabschnitt Süd-1, Register 18.1 bisher nicht enthalten, was hiermit ergänzt wird. Damit wird auch der Stellungnahme der Stadt Karlsruhe vom 04.11.2024 gefolgt. Die Stadt Karlsruhe hatte in Ihrer Stellungnahme vom 04.11.2024 eine Befreiung in Aussicht gestellt.

Zum Schutz der Stadtbäume innerhalb des Stadtkreises hat die Stadt Karlsruhe eine Baumschutzsatzung 1996, letzte Fassung vom 29.01.2002, erlassen. Die Baumschutzsatzung der Stadt Karlsruhe ist eine Satzung nach § 29 BNatSchG/§ 31 NatSchG BW über geschützte Landschaftsbestandteile, die gemäß § 23 Abs. 4 NatSchG BW von der Gemeinde erlassen wird. Zuständig ist damit die Stadt Karlsruhe als Gemeinde (hier: Gartenbauamt).

Wesentlicher Schutzzweck nach § 2 dieser Satzung ist die Erhaltung der geschützten Bäume zur Sicherstellung eines ausgewogenen Klimas, zur Erhaltung von Lebensstätten der Tier- und Pflanzenwelt sowie zur Belebung, Gliederung und Pflege des Orts- und Landschaftsbildes. Geschützt sind Einzelbäume mit mind. 80 cm StU, bei Buchs/ Ilex/ Eibe ab StU von 40 cm, bei mehrstämmigen Bäumen mehr als 120 cm in Summe der Einzelstämme, jeweils gemessen in ein Meter Höhe. Unter Schutz stehen auch Baumreihen und Baumgruppen mit mehr als vier Bäumen, soweit deren StU mehr als 40 cm in ein Meter Höhe beträgt. Obstbäume sind abweichend vom vorgenannten geschützt, wenn ihr StU mehr als 150 cm beträgt.

Verboten sind nach § 3 Eingriffe in den Bestand, das Erscheinungsbild oder die natürlichen Funktionen, insbesondere das Wachstum, eines geschützten Baumes sind verboten. Verbotene Eingriffe in die natürlichen Funktionen eines geschützten Baumes sind auch Störungen des Wurzelbereichs unter der Baumkrone.

Durch die notwendigen technischen Arbeiten zur Netzverstärkung V19 im Abschnitt Süd-1 sind Einzelbäume unvermeidlich innerhalb von Arbeitsflächen sowie durch den Rück- und Neubau von Masten betroffen.

Lage der Maßnahme

Abschnitt	Anlage	Maste	Baumstandort
47	5100 / 7100	009 / 009A	45.30b, Einzelbaum, Walnuss, StU ca. 115 cm
48	5100 / 7100	008 / 008A	45.30c, Einzelbaum, Stammumfang 220 cm, vmtl. eine alte Weide, Einzelbaum in Arbeitsfläche für Mastrückbau bzw. Neubau Anlage 5100/008 bzw. 7100/008A, direkt neben Rückbaumast, Erhalt nicht möglich Ersatzpflanzung innerhalb Arbeitsfläche nach Beendigung Baustelle möglich, da die Fläche ein Kammseggen-Ried ist, wird vorgeschlagen, den Baum ggf. als Obstbaum in lückiger Obstbaumreihe unmittelbar neben alten Standort nachzupflanzen.

Des Weiteren sind vom Vorhaben Baumreihen und Baumgruppen betroffen, wobei die Betroffenheit der einzelnen Bäume innerhalb der Baumreihen zum derzeitigen Planungsstand nicht abschließend bewertet werden kann. Hier sind durch die UBB im Rahmen der Bauausführungen entweder Maßnahmen zum Baumschutz (Maßnahme V05 im LBP) zu veranlassen oder, wo ein Erhalt nicht möglich ist, sind Nachpflanzungen vorgesehen (Maßnahmen V08 und V01 im LBP). Vorhabenimmanent ist, dass nach Beendigung der Baumaßnahme sämtliche im Rahmen der Zuwegung und Bauausführung genutzte Flächen von der Vorhabenträgerin bzw. den beauftragten Bauunternehmen in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden (Register 1 Erläuterungsbericht, Kap. 6.2, S. 58).

Betroffen sind folgende Baumreihen bzw. Baumgruppen (graue Schrift: Baumreihen, jedoch voraussichtlich von Baumschutzsatzung nicht erfasst aufgrund Obstbaum mit geringem StU, Wiederherstellung im Rahmen des Vorhabens ist für alle Bäume vorgesehen):

Lage der Maßnahme

Abschnitt	Anlage	Maste	Baumstandort
44	3030 / 7520	002 (002A)-004 / 1082	45.12b, zwei Bäume mit StU ca. 125 cm Provisoriumsfläche
46	5100 / 7100	011 / 011A	45.40 Streuobst (nicht geschützt) Arbeitsfläche
46	5100 / 7100	011 / 011A	45.20c, drei Bäume mit StU ca. 125 cm Walnuss, Eiche, Nadelgehölz, Birke; gezäuntes Privatgrundstück Östlicher Rand Arbeitsfläche, Erhalt ggf. in Ab- stimmung möglich
47	7100	010A	45.12b, Obstbaumreihe, fünf Bäume mit StU ca. 160 cm Nördlicher Rand Arbeitsfläche, Baumerhalt in Abstimmung mit UBB möglich
47	5100	010	45.12b, Obstbaumreihe, vier Bäume mit StU ca. 80 cm Arbeitsfläche
47	5100 / 7100	009 / 009A	45.12b, Obstbaumreihe, ein Baum mit StU ca. 125 cm Arbeitsfläche
48	5100 / 7100	008 / 008A	45.12c, Obstbaumreihe mit mehr als vier Bäumen, betroffen sind drei Bäume mit StU ca. 60 cm Arbeitsfläche
49	7520	1086	45.12b, Obstbaumreihe zweireihig, Walnuss zwei Bäume mit StU ca. 190 cm südlicher Bereich Arbeitsfläche
52	7520 / 5100	092-093 / 1001-Y (-Portal)	45.12a, zwei Bäume mit StU ca. 80 cm Verankerungsfläche Schutzgerüst, Baumerhalt sehr wahrscheinlich
52	7520 / 5100	092-093 / 1001-Y (-Portal)	45.12b, Hybrid-Pappelreihe, Neupflanzung, nicht autochthon,

			zwei Bäume betroffen mit StU ca. 60 cm Arbeitsfläche, Seilzug, Baumerhalt ggf. möglich
52	7520 / 5100	092-093 / 1001-Y (-Portal)	45.12b, Hybrid-Pappelreihe, Neupflanzung, nicht autochthon, fünf Bäume betroffen mit StU ca. 50 cm Arbeitsfläche, Seilzug, Baumerhalt möglich
52	7520 / 5100	092-093 / 1001-Y (-Portal)	45.12b, Hybrid-Pappeln, nicht autochthon, drei Bäume mit StU ca. 80 cm Arbeitsfläche, Seilzug, Baumerhalt ggf. möglich

Antrag

Gemäß § 7 dieser Baumschutzsatzung der Stadt Karlsruhe wird eine Befreiung von den Schutzvorschriften für die vorgenannten Bestandteile beantragt. Das Vorhaben kann gemäß § 7 Abs. 1 überwiegende öffentliche Belange, insbesondere Belange der öffentlichen Versorgung geltend machen. Gemäß § 1 Abs. 1 Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) i.V.m. Nr. 19 ist das Vorhaben Teil des Bundesbedarfsplan gemäß § 12e EnWG. Das überragende öffentliche Interesse ergibt sich gemäß § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG). Der Anlage hierzu die energie-wirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs zugeschrieben. Die Realisierung dieses Vorhabens ist ferner aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.

Ersatzpflanzungen für zu fällende Bäume sind an selber Stelle bzw. in engem räumlichen Verbund nach Beendigung der Bauphase geplant und in den Maßnahmenblättern des Landschaftspflegerischen Begleitplanes vorgesehen.

6.5 Gewässerrandstreifen

Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 38 Abs. 2 S. 1 WHG umfasst der Gewässerrandstreifen das Ufer und den Bereich, der an das Gewässer landseits des Mittelwasserstandes angrenzt. Seine Funktion ist nach § 38 Abs. 1 WHG die Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktion oberirdischer Gewässer und der Wasserspeicherung, die Sicherung des Wasserabflusses sowie die Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen. Im Außenbereich umfasst dieser eine Breite von zehn Metern und im Innenbereich von fünf Metern (§ 29 Abs. 1 WG BW). Innerhalb der Gewässerrandstreifen sind nach § 38 Abs. 4 WHG bzw. § 29 Abs. 2 u. 3 WG BW u.a. das Entfernen standortgerechter Bäume und Sträucher, der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die Errichtung von baulichen sowie sonstigen Anlagen verboten.

Von den Verboten kann eine Befreiung erteilt werden, insofern die Maßnahme aus überwiegenden Gründen des Wohls der Allgemeinheit erforderlich ist (§ 38 Abs. 5 WHG).

Betroffenheit im Rahmen der 2.DBÄ des Vorhabens

Für die Beförderung des im Rahmen der Wasserhaltung geförderten Wassers zur Einleitstelle oder Versickerungsfläche werden Korridore für die Verlegung von Wasserleitungen (Schlauch- oder Rohrleitungsverbindungen) benötigt. Die Flächeninanspruchnahmen für diese Korridore sowie die Einleitstellen und Versickerungsflächen sind Gegenstand dieser 2.DBÄ.

Die Arbeitsflächenpläne stellen 5 m breite Korridore für die Wasserableitungen dar. Die Verlegung der Rohr- und Schlauchleitungen erfolgt händisch bzw. mittels Raupenfahrzeugen. Der Durchmesser der zur Anwendung kommenden Rohr-/Schlauchleitungen ist abhängig von den zu fördernden Wassermengen und schwankt zwischen ca. 150 mm und 800 mm (zur Förderung von 100 m³/h bis 5.000 m³/h). Erfahrungsgemäß ist ein Streifen für die temporäre Flächeninanspruchnahme durch die Rohr-/Schlauchleitungen von ca. 1 m links und 1 m rechts der Leitung vorgesehen (vgl. Anlage 6 der 2.DBÄ, wasserrechtliche Anträge, dort Kap. 4.1.4). Der damit wesentlich größer dargestellte Flächenbedarf ermöglicht damit einen Spielraum, um mit den flexiblen Schläuchen/ Rohren an Relief angepasst und Bewuchs schonend Schläuche/Rohre zu verlegen. Die wirkliche Auflage des Rohres auf dem Boden ist sehr gering.

Die Rohrleitungen liegen wenige Tage bis Wochen. Folgende Zeiträume sind definiert:

	max. Dauer der Wasserhaltungsmaßnahmen
Rückbaumast	5 Tage
Neubaumast	3 bis 65 Tage
Mastsanierung	20 Tage

Die damit verbundene nur kurzzeitige und geringflächige Flächeninanspruchnahme durch Rohr- / Schlauchleitungen bedingt keine Änderung der Vegetation und Nutzung. Die Flächen und der Boden werden nicht verändert. Durch den Vorhabenträger sind Vorkehrungen zur Vermeidung und Minderung der Auswirkungen getroffen: Es werden keine Gehölze oder Bäume gefällt oder gerodet, lediglich eine Freimachung von Unterholz, Stauden oder krautigem Bewuchs bzw. ein Durchbruch durch dichtes Heckengestrüpp ist möglich. Diese minimalinvasiven Gehölzeingriffe erfolgen in den Monaten Oktober bis Februar, rechtzeitig vor der Verlegung der Wasserleitungen. Ggf. wird in Abhängigkeit vom Gelände eine Fixierung der Wasserleitung mit Schraubankern erforderlich (vgl. Erläuterungsbericht 2. DBÄ). Für die schadlose Einleitung von Wasser in Vorfluter sind Vorkehrungen seitens des VHT vorgesehen (Antragsunterlagen Süd-1, Register 1, Erläuterungsbericht Kapitel 6.4) sowie Maßnahmen im Landschaftspflegerischen Begleitplan formuliert (Register 11.3, planfestzustellende Maßnahmenblätter VWRRL2-6).

Die kurzzeitig überdeckte Vegetation regeneriert sich schnell, Bäume und größere Gehölze können aufgrund des oben genannten Platzes innerhalb des Korridors erhalten werden, lediglich dichtes Gestrüpp/ Heckengebüsche sind betroffen. Die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Gewässerrandstreifens ist aufgrund der Kleinräumigkeit und zeitlich eng begrenzten Dauer und der Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes nach kurzer Zeit nicht beeinträchtigt.

Es ist somit davon auszugehen, dass die Umsetzung des Vorhabens bei Einhaltung der Vermeidungsmaßnahmen mit dem Schutzzweck der Gewässerrandstreifen gemäß § 38 WHG vereinbar ist.

Zwingende Gründe überwiegend öffentlichen Interesse und Notwendigkeit

Der Schutz der Gewässerrandstreifen liegt aufgrund ihrer Bedeutung zur Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktion oberirdischer Gewässer und der Wasserspeicherung, die Sicherung des Wasserabflusses sowie die Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen im öffentlichen Interesse. Aufgrund der zeitlichen Befristung der Bautätigkeit, ist der Eingriff in den Gewässerrandstreifen gering zu gewichten.

Vorhaben 19 ist ein Vorhaben aus dem Bundesbedarfsplan gemäß § 12e EnWG (siehe § 1 Abs. 1 BBPlG i.V.m. Nr. 19 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG). Für das Vorhaben ist damit die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs festgestellt (§ 1 Abs. 1 Satz 1 BBPlG). Die Realisierung des Vorhabens ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit erforderlich (§ 1 Abs. 1 Satz 2 BBPlG, § 1 Abs. 2 Satz 1 NABEG). Im Rahmen des Netzausbaus für die Energiewende ist geplant, die Übertragungskapazität in der durch hohe Lasten geprägten Region zwischen Frankfurt und Karlsruhe von 220 kV auf 380 kV (Wechselstrom) zu erhöhen. Somit leistet dieses Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zur Integration der erneuerbaren Energien und zur Stabilitätssicherung des Übertragungsnetzes sowie der Versorgungssicherheit der Bürger und Unternehmen in Süd- und Westdeutschland, insbesondere in der Region Frankfurt – Karlsruhe.

Das öffentliche Interesse des (dauerhaften) Netzausbaues ist höher zu gewichten als die temporäre Inanspruchnahme von Flächen des Gewässerrandstreifens. Baustellenflächen werden in ihren Ausgangszustand zurückversetzt. Die Realisierung von Vorhaben 19 steht außerdem kraft Gesetzes im überragenden öffentlichen Interesse (§ 1 Abs. 1 Satz 2 BBPlG, § 1 Abs. 2 Satz 1 NABEG).

Antrag auf Befreiung

Eine Befreiung von den Verboten des und § 38 Abs. 4 WHG bezüglich der Entfernung von Bäumen und Sträuchern und dem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen wurde

im Rahmen der Antragsunterlagen Vorhaben 19 Planfeststellungsabschnitt Süd-1 bereits gestellt.

Aufgrund der jetzt vorliegenden Konkretisierung der Bauwasserhaltung, inklusive der Einleitstellen, wird dieser Antrag auf die in der 2.DBÄ genannten Flächen dahingehend präzisiert.

Es wird gemäß § 38 Abs. 5 WHG eine Befreiung von den Verboten bezüglich der Entfernung von Bäumen und Sträuchern und dem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen gemäß § 29 Abs. 2 u. 3 WG BW und § 38 Abs. 4 WHG auch für die in der 2.DBÄ ergänzten Baustelleneinrichtungsflächen beantragt.

Bei Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind keine Beeinträchtigungen diesbezüglich zu erwarten, Maßnahmen zur Minderung der Beeinträchtigung bei der Nutzung als Arbeitsfläche sowie Maßnahmen zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes nach Baustellenbeendigung sind bereits in den Antragsunterlagen zum Abschnitt Süd-1 im LBP (s.o.) formuliert.

6.6 Hinweis zur Tagwasserhaltung

(Auszug aus Wasserrechtliche Anträge)

An den Masten, an denen oberflächennah nicht mit Grundwasser zu rechnen ist und somit lediglich eine Tagwasserhaltung vorgehalten wird, kann das temporäre Auftreten von Schichten-, Stau- und Sickerwasser, insbesondere infolge langanhaltender oder starker Niederschläge, nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Die Tagwasserhaltung, welche an jedem Maststandort bzw. an jeder Baugrube vorzuhalten ist, ähnelt einer offenen Wasserhaltung. Hier sind die abzuführenden Wassermengen in der Regel allerdings gering, da nur zeitweise Niederschlags- und Oberflächenwasser, sowie ggf. temporär anfallendes Sicker-, Stau und Schichtenwasser von der Baugrubensohle abgepumpt werden muss. Hierbei handelt es sich um Bodenwasser, das in der ungesättigten Zone des Untergrunds auftritt. Dieses Wasser zählt gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. § 3 Nr. 3 WHG nicht zum Grundwasser und liegt somit außerhalb des Anwendungsbereichs des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG).

6.7 Dammschutzverordnung

Auf Grund von §§ 75 und 95 Abs. 2 Nr. 2 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg, i.d.F. v. 01.07.1988 (GBl. S.269), hat das RP Karlsruhe zur Sicherung und Erhaltung der Schutzdämme am Rhein und an der Mündungstrecke des Neckars im Mai 1993 eine Verordnung erlassen (Dammschutzverordnung), zuletzt geändert mit Verordnung vom 28. Januar 2021.

Schutzgegenstand sind aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere des Hochwasserschutzes, die im Regierungsbezirk Karlsruhe gelegenen Schutzdämme am Rhein und an der Mündungstrecke des Neckar (Hauptdämme) gegen Beschädigung.

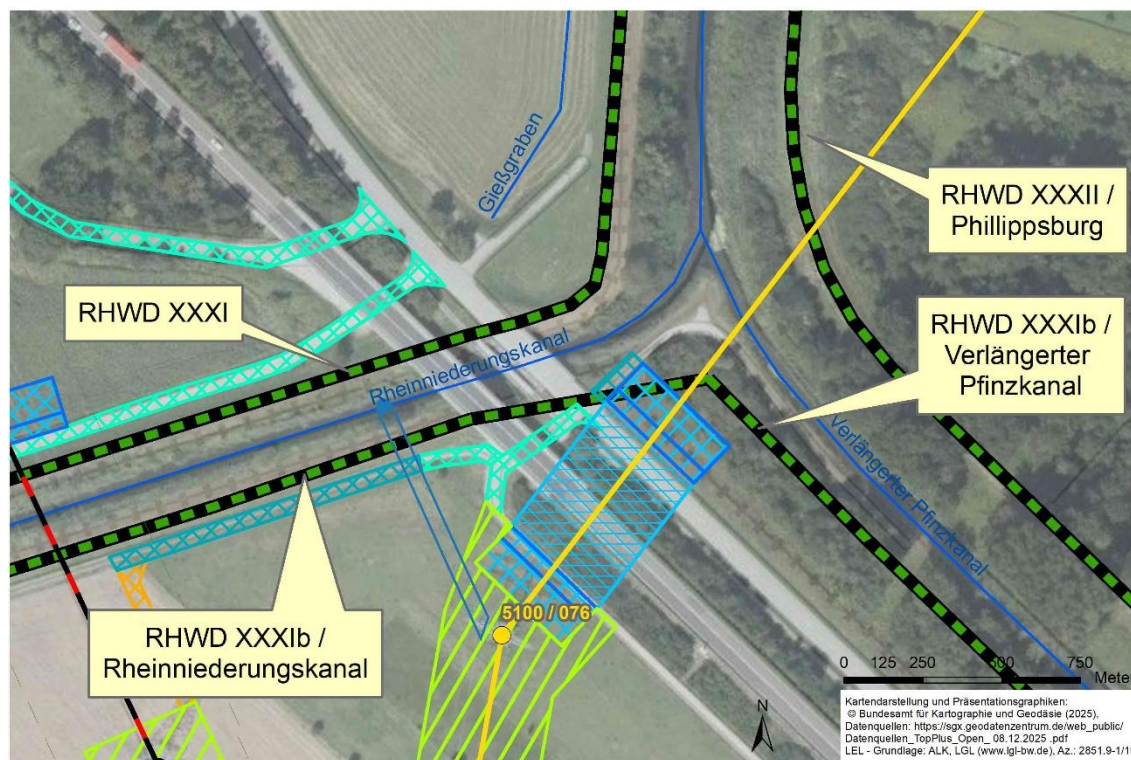
Einerseits im Zuge der fortschreitenden Ausführungsplanung, andererseits aufgrund von Hinweisen aus dem Verfahren werden Bereiche nachgeführt, für welche eine Genehmigung oder Befreiung beantragt wird.

Dies betrifft die Bereiche (von Nord nach Süd):

- Rheinniederungskanal / Verlängerter Pfinzkanal: Schutzgerüstfläche über Gomersheimer Landstraße, Verlegung einer oberirdischen Rohrleitung über den Deich zur Einleitung von Bauwasser von Rückbaumast 5100/076 in den Rheinniederungskanal (siehe Abbildung 3, RHWD XXXIb / Rheinniederungskanal)
- Pfinz-Entlastungskanal: Arbeitsflächen um Mast 7520/057A, 1060/030A, 5100/036 und 7520/057 (siehe Abbildung 4),

Alb: Notwendige Dammquerung zur Unterführung des Provisorium zwischen Masten 3030/001 und 3030/002A unter der Brücke der DEA-Scholven-Straße (Alb rechts), Gerüst über Gleise und Hochwasserschutzanlage bei Mast 3030/003 (Alb linksseitig), Stellung Schutzgerüst zwischen Alb und B10 am Beginn einer Hochwasserschutzanlage (siehe

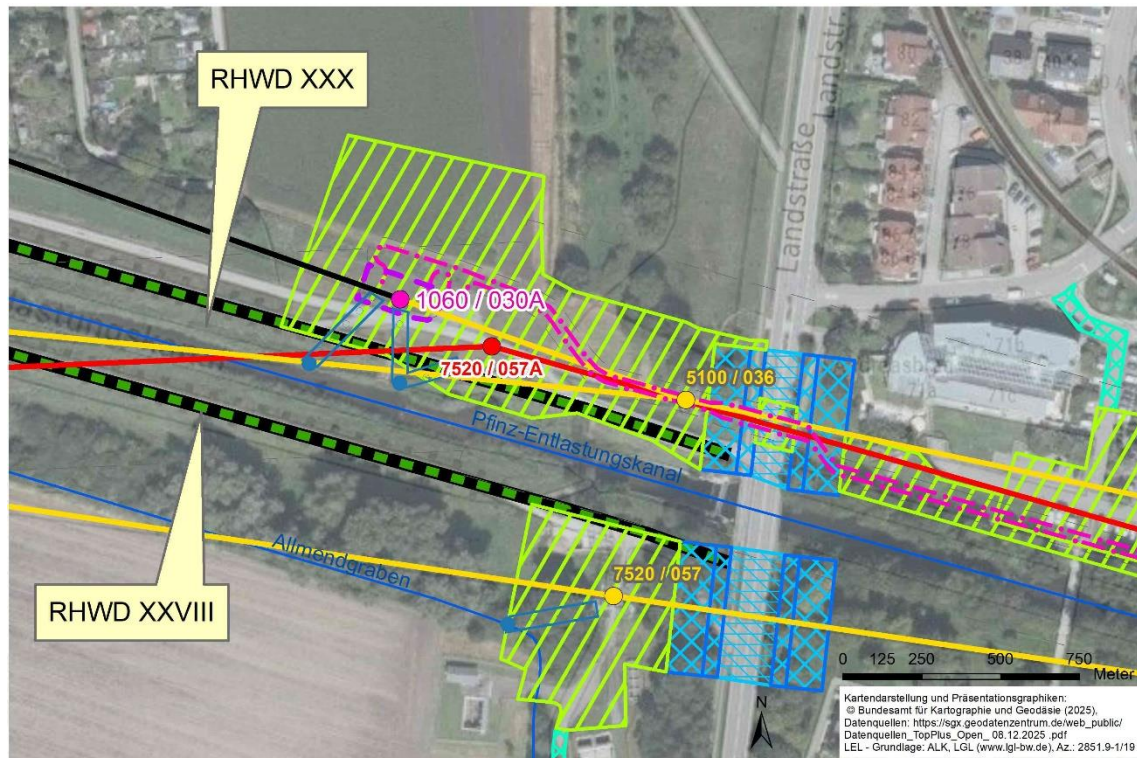
- Abbildung 5). Zudem Arbeitsflächen und Zuwegungen auf der Strecke bei MiRo zwischen Mast 7100/020A und 013A bzw. entsprechende Rückbaumasten 5100/020 bis 5100/1003 (ohne Abbildung),
- Federbach / Knielinger See: Verlegung einer oberirdischen Rohrleitung über den Deich zur Einleitung von Bauwasser in den Federbach und Zuwegung zu den Masten 7100/004 bis 006 (siehe Abbildung 6),
- Rheinhafen Karlsruhe: Stellung von Schutzgerüsten im Bereich der Hochwasserschutzanlagen (siehe Abbildung 7).



Rheinniederungskanal und Verlängerter Pfinzkanal bei Mast 5100/076

Hochwasserschutzanlage	Baustelleneinrichtung
Maßnahme Mast [Anlage-Nr. / Mast-Nr.]	Arbeitsfläche
Rückbau	Schutzgerüst
Zubeseilung auf bestehender Anlage	Schutznetz
Maßnahme Trasse	Zuwegung
Rückbau	Wegebau erforderlich (Weg nicht vorhanden)
Zubeseilung Vorhaben auf bestehender Anlage	Weg vorhanden (befestigt)
Schutzstreifen	Weg vorhanden (unbefestigt)
	Gewässernetz AWGN
	Ergänzung Wasserhaltung
	Korridor Rohrleitung
	Einleitstelle

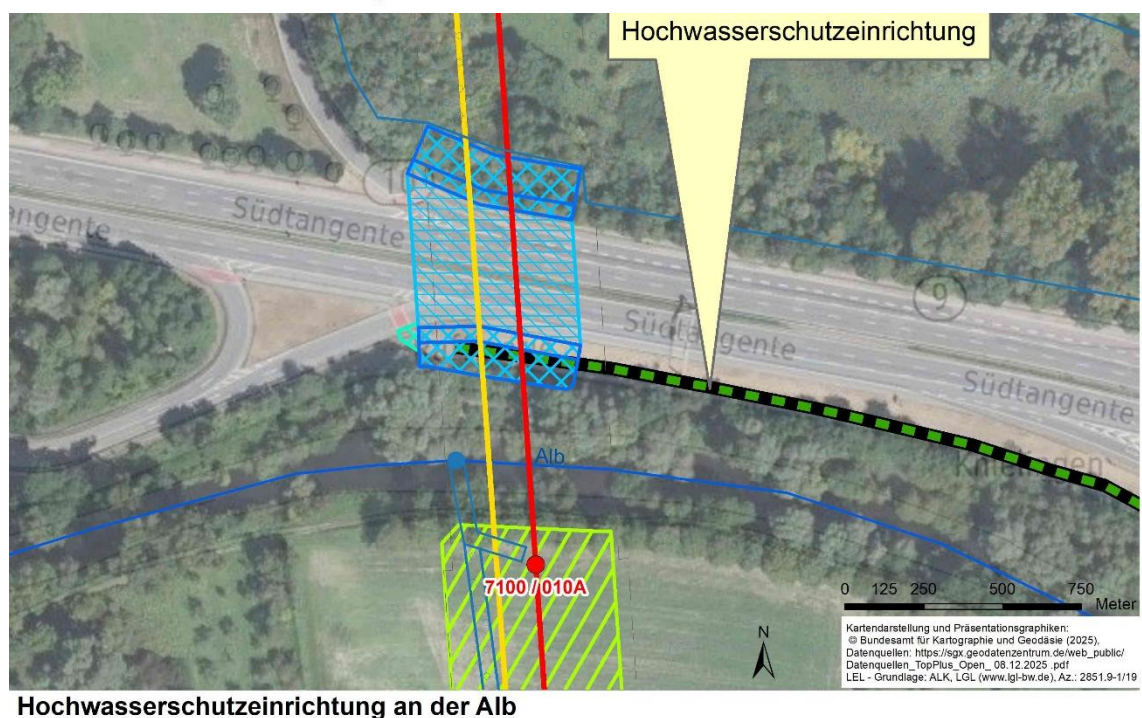
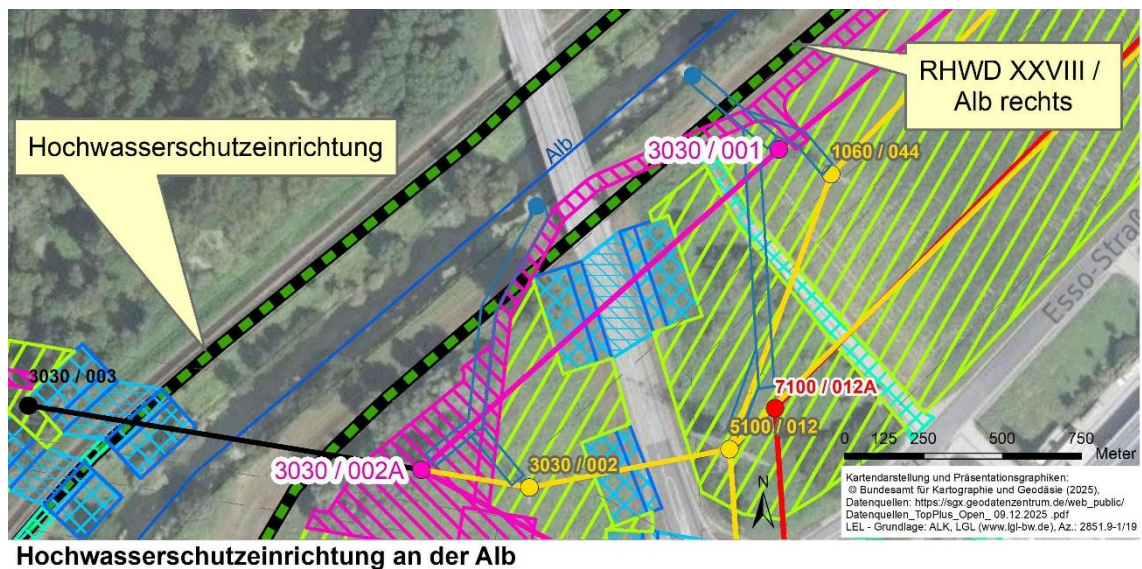
Abbildung 3: Lagebild zum Vorhaben im Bereich -Rheinniederungskanal / Verlängerter Pfinzkanal. Betroffen ist RHWD XXXIb / Rheinniederungskanal.



Pfingst-Entlastungskanal bei Eggenstein-Leopoldshafen

- | | |
|--|--------------------------------|
| Hochwasserschutzanlage | Baustelleneinrichtung |
| Maßnahme Mast [Anlage-Nr. / Mast-Nr.] | Arbeitsfläche |
| Neubau | Schutzgerüst |
| Rückbau | Schutznetz |
| Neubau Folgemaßnahmen | Zuwegung |
| Maßnahme Trasse | Weg vorhanden (befestigt) |
| Bestand | Gewässernetz AWGN |
| Neubau Vorhaben | Ergänzung Wasserhaltung |
| Rückbau | Korridor Rohrleitung |
| Erdverlegung 110-kV-Kabel | Einleitstelle |
| Erdverlegung 110-kV-Kabel Kabelgarten | |
| Schutzstreifen | |

Abbildung 4: Lagebild zum Vorhaben im Bereich Eggenstein-Leopoldshafen.

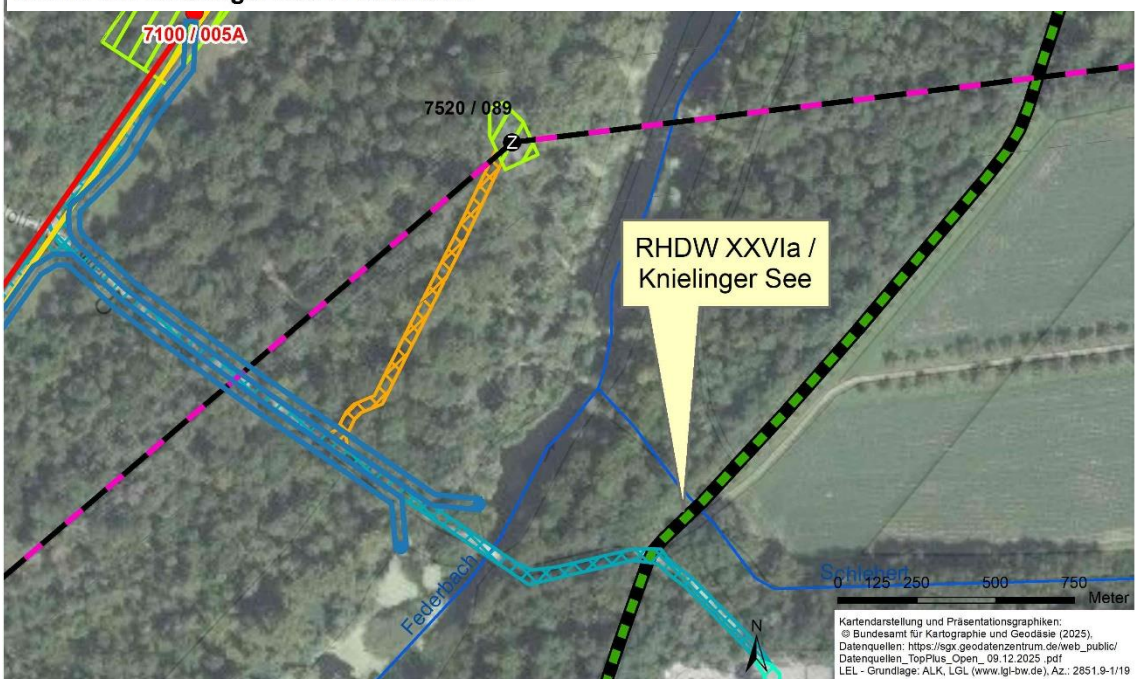
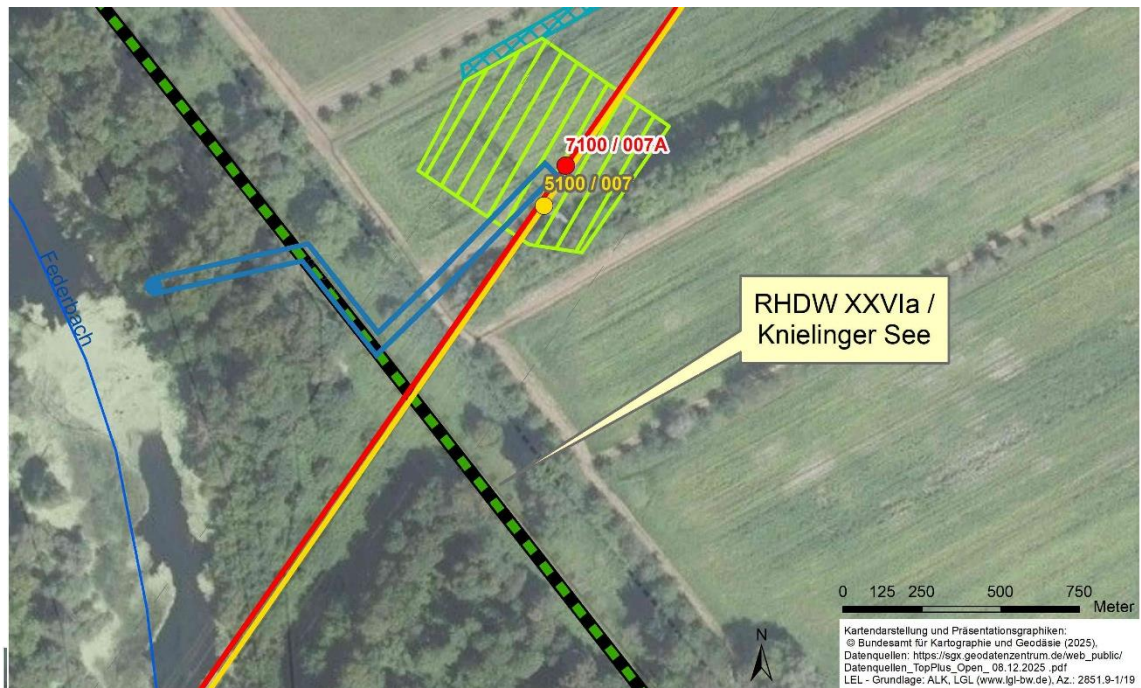


Hochwasserschutzeinrichtung	Baustelleneinrichtung
Maßnahme Mast [Anlage-Nr. / Mast-Nr.]	Arbeitsfläche
Neubau	Schutzgerüst
Maßnahme Trasse	Schutznetz
Neubau Vorhaben	Zuwegung
Rückbau	Weg vorhanden (befestigt)
Schutzstreifen	Gewässernetz AWGN
	Ergänzung Wasserhaltung
	Korridor Rohrleitung
	Versickerungsfläche
	Einleitstelle

Abbildung 5: Lagebild zum Vorhaben an der Alb bei Maxau.

Oben: notwendige Dammquerung zur Unterführung des Provisorium zwischen Masten 3030/001 und 3030/002A unter der Brücke der DEA-Scholven-Straße, Gerüst Alb links über Gleise und Hochwasserschutzeinrichtung bei Mast 3030/003

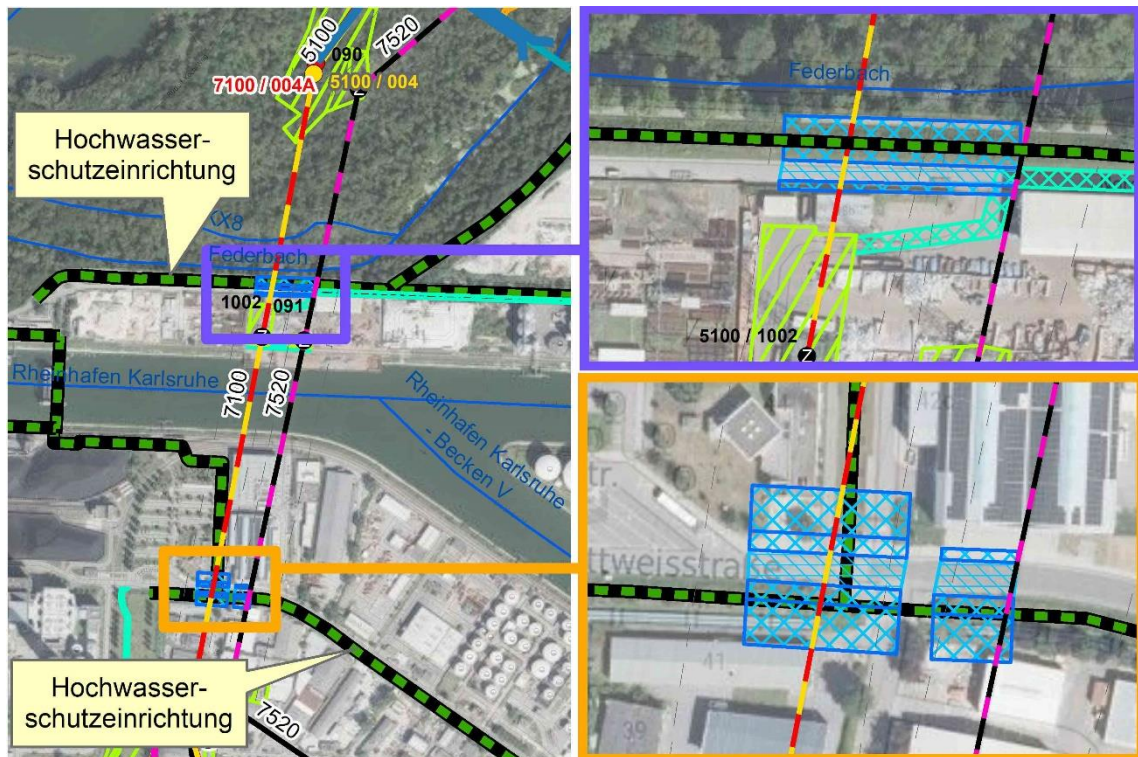
Unten: Stellung Schutzgerüst zwischen Alb und B10 am Beginn einer Hochwasserschutzeinrichtung.



- Hochwasserschutzeinrichtung**
- Maßnahme Mast** [Anlage-Nr. / Mast-Nr.]
- Neubau
 - Rückbau
 - ⊗ Zubeseilung auf bestehender Anlage
- Maßnahme Trasse**
- Neubau Vorhaben
 - Rückbau
 - Zubeseilung Folgemaßnahmen auf bestehender Anlage
 - Schutzstreifen

- Baustelleneinrichtung**
- ▨ Arbeitsfläche
- Zuwegung**
- ▨ Wegebau erforderlich (Weg nicht vorhanden)
 - ▨ Weg vorhanden (befestigt)
 - ▨ Weg vorhanden (unbefestigt)
 - Gewässernetz AWGN
- Ergänzung Wasserhaltung**
- ▨ Korridor Rohrleitung
 - ▨ Einleitstelle

Abbildung 6: Lagebild zum Vorhaben im Bereich Federbach/ Knielinger See.



Rheinhafen Karlsruhe

■ Hochwasserschutzeinrichtung

— Gewässernetz

Maßnahme Mast [Anlage-Nr. / Mast-Nr.]

- Neubau
- Rückbau
- ⊗ Zubeseilung auf bestehender

Maßnahme Trasse

- Bestand
- Neubau Vorhaben
- Rückbau
- Neubau Vorhaben in bestehender Trasse (Rückbau + Neubau)
- Zubeseilung Folgemaßnahmen auf bestehender Anlage
- Schutzstreifen

Baustelleneinrichtung

- ▨ Arbeitsfläche
- ▨ Provisorium
- ▨ Schutzgerüst
- ▨ Schutznetz

Zuwegung

- ▨ Wegebau erforderlich (Weg nicht)
- ▨ Weg vorhanden (befestigt)
- ▨ Weg vorhanden (unbefestigt)

Ergänzung Wasserhaltung

- ▨ Korridor Rohrleitung
- ▨ Einleitstelle

Abbildung 7: Lagebild zum Vorhaben im Bereich Rheinhafen Karlsruhe.

§ 4 der Dammschutzverordnung besagt, dass das Anlegen von Überfahrten der Genehmigung der Wasserbehörde bedarf. Überfahrten sind grundsätzlich über Dammkronenhöhe anzulegen und so zu befestigen, dass durch die Befestigung kein Einschnitt in den Dammkörper entstehen kann.

Des Weiteren sind nach § 5 Abs. 1 Dammschutzverordnung Handlungen verboten, die den Bestand oder die Sicherheit der Dämme gefährden könnten. Diese Verbote erstrecken sich gemäß § 6 Dammschutzverordnung auch auf den Dammschutzstreifen im Anschluss an den Damm. § 5 Abs. 2 führt verbotene Handlungen auf, die durch das Vorhaben jedoch bauzeitlich eintreten werden. Folgende Verbote sind betroffen:

2. das **Beschädigen der Grasnarbe**, das Bepflanzen mit Bäumen und Sträuchern;
3. das **Einsetzen von Zäunen, Einfriedungen und dergleichen** sowie das Aufstellen von Schildern und Zeichen, **die über die Dammoberfläche hinausragen**;
5. **Fahrzeugverkehr auf den Dammkronen** und Bermenwegen mit Ausnahme des Radfahrens;
6. das **Befahren der Dammböschungen** mit Ausnahme der besonders ausgelegten Überfahrten;
10. das Abstellen von Fahrzeugen und das **Lagern von Geräten und Material**.

Innerhalb des Dammschutzstreifens (4 m ab Dammfuß) gelten diese Verbote nach § 6 Dammschutzverordnung sinngemäß. Eingriffe in den Untergrund mit mehr als 0,5 m Tiefe sind in den Dammschutzzone (39 m ab Dammfuß) gemäß § 7 Dammschutzverordnung verboten.

Betroffenheiten

Am Zusammenfluss von Rheinniederungskanal und Verlängertem Pfinzkanal kreuzt die Anlage 5100 mit dem rückzubauenden Mast 5100/076 die B35 und die dazu parallel laufende Germersheimer Landstraße. Für den Rückbau sind hier Schutzgerüste zu stellen, die teils den Hochwasserdamm RHWD XXXIb/Rheinniederungskanal berühren. Des Weiteren wird für den Rückbau des Fundamentes eine Wasserhaltung beantragt, für die Wasserableitung in den Rheinniederungskanal müssen Rohre / Schläuche über den RHWD XXXIb/Rheinniederungskanal verlegt werden. Die Dauer für die Wasserhaltung ist bei Rückbaumasten mit 5 Tagen veranschlagt.

Im Bereich von Eggenstein-Leopoldshafen wird durch den umfänglichen Umbau der Masten 7520/057A (Neubau), 1060/030A (Neubau Folgemaßnahme), 5100/036 (Rückbau) und 7520/057 (Rückbau) Arbeitsfläche benötigt, die Teile des RHDW XXX und RHDW XXVIII beanspruchen. Bauzeitlich kann es zur Ablagerung von Material auf dem landseitigen Dammbereich kommen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die vorhandene Zuwegung zum deichbegleitenden Weg durch leichtere Baufahrzeuge genutzt wird. Des Weiteren sind Eingriffe in den Untergrund in der Dammschutzzone (39 m ab Dammfuß) aufgrund der Neuerrichtung und Rückbau von Masten und der Verlegung des Erdkabels notwendig.

An der Alb, im Bereich der Mineraloelraffinerie Oberrhein (MiRO) liegen Arbeitsflächen und Zuwegungen auf der Strecke zwischen Mast 7100/020A und 013A bzw. entsprechende Rückbaumasten 5100/020 bis 5100/1003, die teils den dortigen Hochwasserschutzdeich berühren (5100/016, 5100/015, 7100/014A, 5100/014) oder überlagern (7100/020A, 5100/020, 7100/019A, 5100/019, 7100/018A, 5100/018, 7100/017A, 5100/017, 7100/016A, 7100/015A, 7100/1004A, 5100/1004). Rohre und Schläuche für Wasserableitungen in die Alb aus Bauwasserhaltung für alle dortigen Masten queren den Deich.

Weiter südlich an der Alb ergibt sich eine notwendige Dammquerung zur Unterführung des Provisorium zwischen Masten 3030/001 und 3030/002A unter der Brücke der DEA-Scholven-Straße (Alb rechts). Auf ca. gleicher Höhe berühren notwendige Schutzgerüste über Gleise linksseitig der Alb die dortige Hochwasserschutzanlage bei Mast 3030/003 (Alb linksseitig). Noch weiter südlich müssen Schutzgerüste über die B10 (Südtangente) gestellt werden, deren Aufstellfläche aufgrund des engen Nebeneinander von Straße und Hochwasserschutzanlage an der Alb in diesen Bereich die Deiche betreffen. Daher ist nicht auszuschließen, dass Schutzgerüste auch auf die Grasnarbe des Deiches gestellt werden und den Deich überragen werden.

Im Bereich Knielinger See wird es zur Ableitung von Bauwasser von Mast 5100/007 (Rückbau) sowie 7100/007A (Neubau) notwendig, eine Rohrleitung/Schlauch über den RHDW XXVIa zu verlegen. Die bauzeitliche Zuwegung zu den Masten 5100/004 bis 006 bzw. 7100/004-006 quert Hochwasserschutzdeiche (RHDW XXVIa/Knielinger See und innerhalb Industriegebiet Rheinhafen) auf vorhandenen Wegen.

Bei den Bereichen im Rheinhafen Karlsruhe müssen Schutzgerüste über Wege gestellt werden, deren Aufstellfläche aufgrund des engen Nebeneinander von Straße und Hochwasserschutzanlage in diesen Bereich die Deiche betreffen. Daher ist nicht auszuschließen, dass Schutzgerüste auch auf die Grasnarbe des Deiches gestellt werden und den Deich überragen werden.

Befreiungsantrag

§ 9 der Dammschutzverordnung eröffnet die Möglichkeit einer Befreiung von den Vorschriften dieser Verordnung durch die untere Wasserbehörde, z.B. wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern.

Vorhaben 19 hat aufgrund seiner energiewirtschaftlichen Notwendigkeit zur Erreichung der Ausbauziele für die erneuerbaren Energien ein überragendes öffentliches Interesse, siehe § 1 Abs. 2 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) ergibt. Für das Vorhaben ist die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs durch die Aufnahme in den Bundesbedarfsplan festgestellt. Die Realisierung dieses Vorhaben ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen

Sicherheit erforderlich. Damit können Gründe des Wohls der Allgemeinheit zur Befreiung von den Verboten der Dammschutzverordnung geltend gemacht werden.

Hiermit wird nach § 9 der Dammschutzverordnung beantragt, die genannten und in den Abbildung 4 bis Abbildung 7 gezeigten Bereichen in dem beschriebenen betroffenen Umfang benutzen zu dürfen und von den o.g. Verboten gemäß §§ 5 bis 7 Dammschutzverordnung bauzeitlich zu befreien. Die Vorhabenträgerin stellt im Falle einer Veränderung den ursprünglichen Zustand bzw. im Bereich Eggenstein-Leopoldshafen einen vergleichbaren Zustand mit ebenerdiger Bodendecke wieder her.

7 Gesamtbilanz

Die Eingriffs- Ausgleichsbilanz wurde für die 2.DBÄ V19 Planfeststellungsabschnitt Süd-1 im Blaudruck nachgeführt (vgl. Anlage 8, 2.DBÄ Süd-1, Blaudruck des Register 11.2 LBP EAB der Antragsunterlage Süd-1): Interimsparkplatz Eggenstein-Leopoldshafen, Fundamentkopfvergrößerung Mast 7100/022A, alternative Zuwegungen. Hierfür ergibt sich ein Defizit von 405 ÖP.

Zudem wurden Korrekturen und Anmerkungen aus den Anmerkungen der Bundesnetzagentur eingearbeitet (Korrektur fehlerhafter Übertrag aus EAB in Maßnahmenblatt E01 und E02, Korrektur Doppelkompensation Forstrechtlicher Ausgleich).

In Summe ergibt sich aufgrund der Korrektur der Doppelkompensation Forst ein Überschuss von 19.675 ÖP für den Planfeststellungsabschnitt Süd-1 Vorhaben 19.

8 Literatur und Quellen

8.1 Fachliteratur

KERKMANN, J. & FRANK FELLEBERG (2021): Naturschutzrecht in der Praxis. Lexxion Verlagsgesellschaft mbH. Lexxion Verlagsgesellschaft mbH, Berlin.

LFU - LANDESANSTALT FÜR UMWELTSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2005): Empfehlungen für die Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft sowie Ermittlung von Art und Umfang von Kompensationsmaßnahmen sowie deren Umsetzung - Teil A: Bewertungsmodell. 31 Seiten.

8.2 Rechtsgrundlagen und Urteile

Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Naturschutzgebiet "Altrhein Kleiner Bodensee" vom 13. Juni 1985 (GBl. v. 15.08.1985, S. 246).

Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG): Gesetz über den Bundesbedarfsplan vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2543; 2014 I S. 148, 271), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151).

Energiewirtschaftsgesetz (EnWG): vom 7. Juli 2005 (BFBl. I S. 1979, 3621), zuletzt geändert durch Artikel 41 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323).